

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 8 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 8 des „Illustrirten Sonntagsblatt“ bei.

Verbrecherkolonien?

In einem Nachtragsetat fordern die verbündeten Regierungen für die süd-westafrikanischen Kolonien zurka 250 000 Mark. Diese Summe vertheilt sich auf Beamtengehälter und Bauten. Unter der letzteren befindet sich auch eine Rate zum Bau eines Gefängnisses in Kamerun.

Das ist allerdings ein sonderbarer Anfang zur Kolonisation. Ehe man irgend eine geistliche Regelung der Verhältnisse unter jenen Völkern nur versucht hat, sollen von Reichswegen Gefängnisse gebaut werden auf einem Gebiete, welches in der That noch nicht zum Reiche gehört, sondern im Privatbesitz einiger Deutschen sich befindet.

Wer soll nun eigentlich das Recht haben, die dortigen Einwohner ins Gefängnis werfen zu lassen? Und wenn festgestellt ist, daß dies der Gouverneur oder irgend ein deutscher Beamter, oder auch die Besitzer jener Kolonien vermögen, wer hat das Gesetz festzustellen, nach welchem die Gefängnisstrafen festzusetzen sind, nach welchem die Gefängnisordnung zu regeln ist?

Will man dort am Ende pure die deutsche Gesetzgebung einführen? Will man die Wilden genau mit deutschem Maßstabe messen?

Das dürfte doch unmöglich angehen. Oder wird man eine Art Geschworenengericht aus Einheimischen gebildet, einsehen, was allerdings das Beste wäre? Denn dürfte nicht das europäisch eingerichtete Gefängnis überaus unpassend sein, da die Wilden diese Straftat wohl nicht kennen.

Oder will man das Strafen den deutschen Beamten nach Willkür überlassen? Geschichte dies, so würde sehr bald der letzte Rest der Zuneigung schwinden, den die Eingeborenen für die Deutschen noch besitzen.

Den Eingeborenen gegenüber dürfte der Gefängnisbau sich als zwecklos erweisen. Für die Soldaten der Marine und die Matrosen giebt es besondere Gesetze und die Strafen werden auf den Schiffen abgedüht, resp. an der Heimath. Dasselbe gilt von den Matrosen der Kaufahrer.

Bleiben also nur die wenigen deutschen Einwanderer übrig, für die ein Gefängnis errichtet wird. Bis jetzt haben die provisorischen Lokaltäten für solche Personen ausgereicht, so daß nicht einzusehen ist, weshalb der erste Schritt, den Deutschland auf dem Wege der Kolonialpolitik thut, mit einem Gefängnis gepflastert sein muß.

Von einer Staatsposition für den Bau einer Schule ist nicht die Rede. So wird man, bevor man nur ein Wort von Erziehung hört, gleich an die Züchtigung erinnert.

Ob das der deutschen Kolonialpolitik zur besonderen Empfehlung gereicht, glauben wir nicht mit Ja beantworten zu können. Auch dürfte der Auswanderer, der schon, bevor er Schulen findet, ein Gefängnis erblickt, nicht gerade begierig sein, dorthin seine Schritte zu lenken.

Zu gleicher Zeit hört man, daß im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses die Frage der Verbrecherkolonien angeregt worden ist. Zwar betonte der Minister, daß es für Oesterreich schwer sei, überseeische Kolonien zu erwerben, doch bemerkte dabei ein Abgeordneter, daß man solche Kolonien leicht unter den Mißbrauch einer befreundeten Macht stellen könne. Sollte der Mann dabei an Deutschland gedacht haben?

Sollte dieser Abgeordnete daran gedacht haben, daß auch Deutschland einzelne seiner Kolonien zur Deportation von Verbrechern benutzen werde?

Diese Fragen drängten sich bei uns auf, als wir von der Staatsforderung für ein Gefängnis in Kamerun hörten. Es ist ja nur eine winzige Summe, 10,000 Mark; aber aus kleinen Anfängen ist oft genug ein großes System entstanden. Und so könnte auch wohl aus dem kleinen Gefängnis in Kamerun eine große Verbrecherkolonie werden.

Soweit uns erinnerlich, hat sich die deutsche Reichsregierung immer gegen den Erwerb von Kolonien behufs Ueberführung von Verbrechern aus Deutschland ausgesprochen. Aber der kleine Anfang?

Und sind erst Verbrecherkolonien vorhanden, dann zeigt das Beispiel Frankreichs, daß dieselben auch vorzugsweise von sogenannten politischen Verbrechern bevölkert werden.

Wir nehmen auch heute noch nicht an, daß die deutsche Reichsregierung mit solchen Plänen umgeht, aber gut ist es immer, wenn jetzt schon auf die möglicherweise entstehenden Folgen unserer gegenwärtigen Kolonialpolitik aufmerksam gemacht wird.

Politische Uebersicht.

Das neueste Petitionsverzeichnis des Reichstags enthält gegen 600 Nummern. Den größten Raum nehmen die 2-300 Petitionen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Bölle, Besserung der Lage der Landwirtschaft u. ein. Viele derselben sind verbunden mit einer Bitte um Reform der Tabaksteuer. Etwa 40 Petitionen richten sich gegen jede Erhöhung der Getreidezölle. Eine ganze Reihe von Petitionen beschäftigt sich mit der Börsensteuer, meist im Sinne einer weit stärkeren Heranziehung der Börsenumsätze zur Steuer.

Anderer Petitionen richten sich gegen Zwang und um Erlass eines Gesetzes gegen die Trunksucht.

In der gestrigen Sitzung des Bundesraths wurden die Vorlagen, betreffend die Bildung von Berufsgenossenschaften auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes und betreffend die Ergänzung des Entwurfs des Reichshaushalts-Gesetzes für 1885/86 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Gesetzentwurf wegen des Beitrags des Reiches zu den Kosten des Anschlusses Bremens an das deutsche Zollgebiet wurde genehmigt.

Das Volksparlamentgesetz stößt auf vielseitigen Widerspruch einmal bei den Sachsen und den Vertretern der städtischen Sparcassen, andererseits auch bei den Konservativen, da sie dadurch eine Schädigung der meist ihrem Einflusse unterstehenden Kreisparcassen befürchten. Die Ausichten für das Zustandekommen der Vorlage scheinen durchaus nicht günstig zu sein. Außer der Höhe des Zinsfußes und des Maximalbetrags der Einlagen erregt namentlich die Bestimmung Anstoß, daß die Postverwaltung die Umwandlung der Einlagen in Staatsschuldensverreibungen soll bewerkstelligen können, weil man befürchtet, daß eben dadurch die gesammelten kleinen Spareinlagen dort festgelegt und damit den Kommunalparcassen entzogen werden möchten.

Gegen die Kolonialpolitik hat sich der ultramontane Abg. von Frankenstein vor einigen Tagen im Reichstage im Namen des Centrums und in entschiedener Weise erklärt. Diese Erklärung hat großes Aufsehen erregt, weil man daraus auf den Widerstand des Centrums gegen die Dampfersubventions- und andere mit der Kolonialpolitik zusammenhängende Vorlagen schließen zu dürfen glaubte. Herr Windthorst hielt es denn auch für gerathen, die Erklärungen seines Fraktionsgenossen erheblich abzuwehren. In Centrumskreisen wurde, wie verlautet, anerkannt, daß Herr von Frankenstein keineswegs im Sinne der ganzen Fraktion gesprochen habe und in seiner Ablehnung weiter gegangen sei, als es den Ansichten vieler seiner Parteigenossen entspreche.

Der „Reinfall“ der „Nordd. Allg. Ztg.“ Wir reproduzieren gestern in unserem Blatte einen Auszug aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“, der die Kornzölle als ein notwendiges Opfer von der im Aufschwunge begriffenen Industrie für die leidende Landwirtschaft forderte. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ hatte von diesem Artikel der „Kölnischen“ vor einigen Tagen mit besonderem Vergnügen Notiz genommen und hinzugefügt:

„Man wird nicht umhin können, den Ausführungen des rheinischen Blattes im Allgemeinen beizupflichten, und gerade der Umstand, daß die früher gehegten „lebhaften Bedenken“ durch die inzwischen festgestellten Thatsachen behoben sind, macht diese Darlegungen werthvoll. Nur in einem Punkte hat offenbar die „Kölnische Zeitung“ Unrecht, und in diesem hatte leider der Herr Staatssekretär von Burchard nur allzu sehr Recht: daß nämlich die Demagogie trotz der Ergebnisse der Jahre lang gepflogenen Erörterung, trotz der offenkundig vor Augen Aller, die sehen wollen, liegenden Thatsachen, sich dieser Sache bemächtigen und sie für ihre Parteizwecke auszunutzen suchen werde. Nun, das war ja, wie Prof. Mommsen betont, schon im

„So machen Sie den Versuch! Ich sehe nicht ein, was ich Ihnen dabei nützen kann?“

Nicodemus Sanftleben seufzte tief, da er seine Hoffnung so gänzlich mißglückt sah. Er blickte nachdenklich in die Tiefe seines Hutcs henab, als lob er auf dem Boden desselben die Antwort auf diese Frage lesen wollte.

Endlich sagte er:

„Der Einfluß Eurer Gnaden auf Seine Hoheit den Nabob Wadschid Ali ist ja bekannt. Es ist uns auch bekannt geworden, daß Eure Gnaden Dero Hofmeister Hr. Barr an den Hof von Auh geschickt hat, um dort mehr europäische Kultur anzubahnen; wenn nun Eure Gnaden ebenso mich beauftragen, an den Hof des Königs von Auh zu gehen, und meine Mission dort befürworteten, so wäre ich einer guten Aufnahme dort sicher; das Uebrige wäre allerdings dann meine Aufgabe. . . . Meine Bitte geht also dahin, daß Eure Gnaden mich dem Könige von Auh empfehlen und ihn ersuchen, unter irgend einem Vorwande, der zu finden ja nicht schwer sein wird, mich an seinen Hof zu nehmen.“

„Das werde ich nicht thun!“ erklärte Nasir entschieden.

„Aber Eure Gnaden haben doch Hr. Barr. . . .“
„Das ist etwas Anderes! Hr. Barr soll europäische Sitten, europäische Kultur dort anbahnen. . . . Seine Sendung bezweckt, eine größere Einigung unter den indischen Fürsten herbeizuführen; die Ihre aber würde eine noch schroffere Trennung derselben zum Zwecke haben.“

Nicodemus Sanftleben seufzte nochmals tief auf. Er wollte noch einen letzten Versuch machen, den Nabob zur Nachgiebigkeit zu bewegen, als sich in dem Saale neben der Veranda Tritte hören ließen. Im nächsten Augenblick traten durch die Glasthür zwei schmutzige Kavaliere in der Uniform des englischen Freiwilligen-Korps ein. Nasir erhob sich bei ihrem Eintritt sofort und reichte ihnen die Hand.

„Ah, da sind Sie ja, meine Freunde,“ sagte er. „Glückliche Jagd gehabt?“

„Mein Freund Felix hat einen Leoparden erlegt,“ antwortete Max. „Wäre er ein geborener Jäger, so würde

Feuilleton.

Gesamt und gesunden.

Roman von Dr. Duz.
(Fortsetzung.)

„Ah, Sie sind es, Mr. Sanftleben,“ sagte Nasir. „Was führt Sie her?“

Ohne sich aus seiner gebeugten Stellung aufzurichten, sagte er mit sanfter Stimme:

„Ich habe allerunterthänigst gewagt, mich Eurer Gnaden zu nähern im Auftrage meiner Gesellschaft, welcher Eure Gnaden allergnädigst einen laufenden Beitrag zugesichert haben.“

„Ich hoffe, daß mein Schatzmeister der Missionsgesellschaft den Beitrag pünktlich zahlt.“

„Das geschieht, Eure Gnaden; aber es ist noch etwas anderes, das die Gesellschaft bewog, Eurer Gnaden mit einer demüthigen Bitte allerunterthänigst zu nähern.“

„Machen Sie keine Umstände, Mr. Sanftleben. Treten Sie näher!“ sagte Nasir nicht gerade unfreundlich, aber auch nicht mit der ihm sonst eigenen Leutseligkeit.

Langsam folgte Nicodemus Sanftleben der Aufforderung und nahm auf der äußersten Rante des Sessels Platz, welchen ihm eine Handbewegung Nasir's zum Sitze anwies.

„Sprechen Sie ihre Bitte aus!“ fuhr Nasir fort.

„Meine unterthänigste Bitte. . . .“

„Lassen Sie die Unterthänigkeit bei Seite, Mr. Sanftleben. Sie wissen, daß ich dergleichen Formen nicht liebe. Sprechen Sie ohne Umstände und ohne Fiererei. Was wünscht die Gesellschaft von mir?“

„Es gereicht nicht nur den Unterthanen Eurer Gnaden, sondern dem ganzen Lande zum höchsten Segen, daß Eure Gnaden des Heil der christlichen Lehre anerkannt. . . .“

„D, nichts da,“ unterbrach ihn Nasir, „ich bin zum Christenthum übergetreten, um mich mit Lady Tudor zu verheirathen; von dem Heil und den Segnungen, welche Ihre Gesellschaft dem Lande gebracht, bin ich sehr wenig erbaut. Ihre Gesellschaft hat leider mehr Haß und Zwie-

tracht als Liebe und Einigkeit im Lande gesät? Ich wünschte, daß Sie Ihr Belehrungswerk mit mehr Vernunft und weniger Fanatismus ausführen, dann vielleicht würde es zum Segen gereichen für das Reich; so lange Sie aber fortfahren, die christliche Bevölkerung gegen die hinduistische und muhamedanische zu erbittern, so lange gereicht Ihre Thätigkeit dem Lande wahrlich nicht zum Segen.“

„Eurer Gnaden Vorwürfe schmerzen mich tief,“ antwortete Nicodemus Sanftleben sehr demüthig, indem er seinen Hut mit beiden Händen an sein Herz drückte. „Es ist wahrlich nicht unsere Schuld, wenn wir nicht immer Liebe ernten, wo wir Liebe säen, und wenn wir die Saat nicht so aufgehen sehen, wie wir sie gesät haben. . . . Ich weiß, es wächst manches Unkraut unter dem Weizen; doch wenn sich das Heil erst weiter verbreiten wird, muß das Unkraut erstickt, und die Saat wird rein und unverfälscht aufgehen.“

„Ich will es hoffen und wünschen! . . . Kommen Sie zu Ihrem Auftrage.“

„Einer der mächtigsten Fürsten des Landes ist der König von Auh, Sir Wadschid Ali, er hat sich einen Theil seiner früheren Selbstständigkeit erhalten.“

„Er ist in Auh fast ein unumschränkter Gebieter,“ bestätigte Nasir.

„Ich weiß! Es würde des Beispiels wegen, der Sache des Christenthums von unaussprechlichem Nutzen sein, wenn es gelänge, diesen Fürsten dem Christenthum zugänglich zu machen.“

„Sie wollen an ihm Ihr Belehrungswerk versuchen?“

„Der Eifer für die heiligen Lehren des Christenthums läßt uns dringend wünschen, daß es gelänge, den Fürsten durch die heilige Taufe aufzunehmen in den Bund der Christenheit.“

„Die Mühe wird vergebens sein, Mr. Sanftleben. Wadschid Ali hält sehr fest an den Traditionen seiner Vorfahren.“

„Die Pflicht gebietet uns aber, wenigstens den Versuch zu machen.“

Lokales.

a. Regen gewerbmäßigen Duhers, in der schändlichsten Weise verübt, wurde gestern die wegen Rupperei bereits vorbestraute Kutscherfrau P. in der Brunnenstraße zur Haft gebracht. Dieselbe hat kleinen Leuten Darlehne gegen gutes Unterpfand von allen Verhöggenständen gewährt, die sie durch Scheinkaufverträge auf sich übertragen ließ. Als Zinsen ließ sie sich gewöhnlich pro Thaler monatlich eine Mark, also 400 pCt. p. a., geben, und sie prolongirte häufig unter demselben Zinssatze die Darlehne von Monat zu Monat, so daß sie als Zinsen Beträge, die weit über die Darlehnssumme gingen, empfing. Eine bei ihr gestern vorgenommene Hausdurchsuchung ergab, daß sie das wucherische Pfandleihgewerbe in der durch Kaufverträge verschleierte Form seit langer Zeit betrieben hat, ohne für das Pfandleihgewerbe eine polizeiliche Konzeption zu haben oder auch nur Gewerbesteuer hierfür zu zahlen. Das von der P. betriebene verbrecherische Gewerbe hat die von vornherein wenig bemittelte Frau P. binnen kurzer Zeit wohlhabend gemacht, die Wohnungs- und Wirtschaftseinrichtung derselben zeichnen sich durch Geschmack und Reichhaltigkeit aus und geht weit über die Verhältnisse anderer Personen ihres Standes, auch wurde bei ihr ein bares Betriebskapital für ihre Geldgeschäfte im Betrage von nahe an 3000 M. gefunden. Da die P. meist mit sehr armen Personen Geldgeschäfte machte, so wurden ihr von diesen die für die Lebensbedürfnisse notwendigsten Gegenstände verpfändet, insbesondere Nähmaschinen, Wirtschaftsgegenstände u., und diese gaben sich dadurch vollständig in die Hände der P., welche nicht eher ein Stück davon herausgab, als sie Kapital und Zinsen bis auf den letzten Pfennig erhalten hatte. In einem Falle hat sie im August v. J. der Frau eines Armen-Empfängers, welcher monatlich von der städtischen Armenkasse 20 M. bezieht, ein Darlehn von 15 M. gegen Verpfändung der Almosenscheine (das sind die von der Armenverwaltung aufgestellten und den Almosen-Empfängern eingehändigten Scheine, welche diese stets vor der Empfangnahme ihrer Monats-Unterstützungen dem zahlenden Armen-Deputierten vorzuzeigen haben) und gegen 5 M. Zinsen pro Monat. Am Ende eines jeden Monats erhielt die Darlehnsnehmerin gegen Verpfändung ihrer nöthigsten Haus- und Wirtschaftsgegenstände die verpfändeten Almosenscheine behufs Erhebung des Armengeldes zurück, und sodann übergab sie wieder die Scheine der P. bis zum Ende des folgenden Monats. Frau P. zog von dieser Almosenempfängerin für das Darlehn von 15 M., welches Anfang November v. J. auf 18 M. erhöht wurde, von August bis Ende Dezember v. J. an Zinsen — 27 M.

a. Ein verschwundenes Kind gesucht. Auf Veranlassung des hiesigen Vormundschaftsgerichts werden polizeiliche Nachforschungen nach einem im Sommer 1883 verschwundenen neugeborenen Kinde angestellt, welche bis jetzt zu einem Ergebnisse nicht geführt haben. Die unverheiratete Karoline Krohn, welche hier im Gefändendienst gestanden hat, hatte im Juli 1883 Aufnahme in der hiesigen Universitäts-Frauenklinik in der Artilleriestraße gefunden und gegen Ende des Monats einem Knaben-Zwillingspaar daselbst das Leben geschenkt, welche Kinder die Namen Morz und Moriz erhielten. Da die Mutter der Kinder arm und von dem Vater derselben verlassen war, so suchte sie sich sehr unglücklich, und eine in der Anstalt beschäftigte Wärterin, eine Frau Wähler, rief ihr, eines der Kinder zu versorgen und das andere in Pflege zu geben. Morz wurde zu einer Frau in der Barnimstraße in Pflege gebracht, starb aber im 3. Monat am Anfang September 1883. Die Wärterin veranlaßte nun in der hiesigen Zeitung die Veröffentlichung einer Annonce des Inhalts: „Ein armes, von Menschen verlassenes Mädchen hat das Unheil betroffen, von zwei kräftigen Knaben entbunden zu sein, und ist dasselbe genöthigt, einen davon an eine edel denkende Herrschaft zu verschenken.“ Nach zwei Tagen kam eine schwarzgekleidete, gut aussehende Dame, im Alter von ca. 30 Jahren, brünett, von kleiner Statur, erkundigte sich nach der Mutter, welcher sie zugeführt wurde. Nachdem die Dame sich den Knaben Moriz angesehen, versprach sie am folgenden Tage den Knaben abzugeben. Am folgenden Tage kam sie auch und gab an, daß sie im Auftrage einer in Köln wohnenden sehr reichen Dame, einer Gräfin, das Kind in Empfang nehmen solle; das Kind solle von der Gräfin erzogen werden und es sehr gut haben, auch solle die Mutter von Zeit zu Zeit Nachricht über das Befinden des Kindes erhalten. Die Dame entfernte sich darauf mit dem Kinde, ohne daß die Mutter oder die Wärterin sich nach Namen und Wohnung der Dame erkundigt hätten. Von der Dame, welche nur angegeben hatte, daß sie 8 Jahre lang Nonne bei der kölnischen Gräfin gewesen sei, und von dem mitgenommenen Kinde fehlt bis jetzt jede Spur.

a. Die Brüder Fritz und August Jacob, Berliner Weg Nr. 46 wohnhaft, suchten in der vergangenen Nacht die Hilfe der Sanitätswache in der Blumenstraße nach, da Beide nicht unbedeutende Verletzungen aufzuweisen hatten. Der eine der beiden Brüder hatte eine ansehnliche Wunde über dem linken Auge, der andere zwei nicht minder schwere Wunden auf dem

„Ja, das ist in der That ein Wunder! Sie versprechen damals, die Kanibalen Rena Sahib's zu belehren, wofür wir unseren Beitrag zahlten. — Sie werden doch Ihr Versprechen halten, haliger Sanstleben?“

„Wir erfüllen unsere Pflicht mit allem Eifer, den wir der Sache des Christenthums schuldig sind und den wir dem Herrn gelobten, dessen Dienst wir geweiht sind.“

„Das ist sehr schön von Ihnen, aber man hat Sie im Verdacht, heiliger Sanstleben, daß Sie die einlässlichen Bilder zu sehr unheiligen Zwecken verwenden. Ich glaube, mit aller Ihrer Frömmigkeit und Bekehrungssucht werden Sie doch nicht so viel ausdrücken, als wir mit unseren guten Waffen; oder wollen Sie einmal versuchen, an den Hof Rena Sahib's zu gehen und ihm zu sagen: Werde Christ, damit Du lernst, weniger grausam gegen Deine besiegten Feinde zu sein?“

„Wir werden nach und nach auch an den Hof Rena Sahib's gelangen. Mein nächstes Ziel ist, an den Hof Wadschid Ali's zu gehen.“

„Nun, ich wünsche Ihnen den besten Erfolg; habe aber — unter uns gesagt — wenig Vertrauen. . . Sie brauchen sich darüber keine Sorge zu machen, ich werde den Beitragspendern Ihrer Gesellschaft meine Ansicht nicht plausibel machen, um sie abzuhalten, Ihnen fernere Gelder zuzuflehen zu lassen. . . Behalten Sie immerhin an den Hof Wadschid Ali's und versuchen Sie Ihr Glück bei ihm und seinem Harem.“

Hier fühlte er plötzlich seinen Arm erfaßt; O'Brian flüsterte ihm zu:

„Laß uns gehen, Mag; das Gesicht des Mannes erinnert mich an ein Ereigniß. . .“

Ehe er aber vollenden konnte, hatte sich Nicodemus wieder nach ihm umgewandt.

„Herr Lieutenant O'Brian,“ sagte er, „wir sehen uns ebenfalls nicht zum ersten Mal.“

„Ich wüßte nicht, daß ich Sie irgendwo gesehen habe,“ erwiderte Felix, seine Befangenheit bemächtigend, und mit so viel Sicherheit, als ihm irgend möglich war.

„Und doch, Herr Lieutenant O'Brian; es sind in

Köpfe. Sie geben an, diese Verletzungen von dem Sohne eines Schankwirths S. in der kleinen Markusstraße erhalten zu haben, mit dessen Tochter der eine Bruder bisher in freundschaftlichen Beziehungen gestanden. Ein Streit zwischen dem zukünftigen Schwager und dem Bräutigam habe die Ursache zu der Affäre gegeben. Jedenfalls wird die Polizeibehörde sich dieser Sache noch annehmen und den Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

a. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich, wie hier angelangte Reisende mittheilen, am Montag auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn bei Breslau. Der 33 Jahre alte Arbeiter Reinhold Wolf, welcher eine Anstellung als Hilfsbremser erhalten hatte, wurde am gedachten Tage Morgens gegen 8 Uhr von einer Rangiermaschine erfaßt und auf der Stelle getödtet. Er kam so unglücklich auf die Schienen zu liegen, daß die Räder der Lokomotive den Körper in zwei Theile theilten. Nachdem die Rangiermaschine zum Stehen gebracht, fand man Kopf und Rumpf rechts, Unterleib und Beine links von dem Schienengeleise liegen. Der zerstückelte Leichnam wurde auf Anordnung der Behörde sofort nach dem Kirchhofe transportirt, wo er inzwischen der Erde übergeben worden ist.

a. In der städtischen Turnhalle in der Prinzenstraße ist abermals ein Diebstahl verübt worden. Einem Schüler des Louisenstädtischen Realgymnasiums wurde vorgestern Abend, als er im Saale turnte, aus der Garderobe seine silberne Hülfsbremse gestohlen. Da in der letzten Zeit den Verehren häufig Meldungen von Gelddiebstählen aus den Garderoben gemacht wurden, ohne daß der Dieb ermittelt werden konnte, ist beschloffen worden, die Garderoben während des Turnunterrichts verschloffen zu halten.

Unter dem Namen „Swazatin Zahnschmerz-Paste“ wird durch eine in sieben verschiedenen Sprachen gedruckte Gebrauchsanweisung ein Mittel angepriesen, welches, bei hohen Zähnen angewandt, jeden Schmerz sofort und für immer beseitigen soll. Ein von einem Holzbüchsen umklebtes Gläschen mit diesem Präparat, welches zum Ladenpreise von 60 Pf. auf polizeiliche Veranlassung in dem Droguengeschäft von Schwarzlose Söhne, Markgrafenstraße 20 hier, angekauft worden ist, enthielt, wie die chemische Untersuchung ergeben hat, „entwässerten Borax“ in einer Quantität, deren Werth noch nicht einen halben Pfennig beträgt. Im Interesse und zur Warnung des Publikums wird diese Thatfache veröffentlicht.

Ein 22-jähriges Fräulein wurde vorgestern auf dem städtischen Armenkuchenhofe beerdigt. Die Verstorbene, im Jahre 1793 geboren, war in gewisser Beziehung ein Original und in der Königsstadt seit einer Reihe von Jahren sehr bekannt. Obgleich ihr richtiger Name „Stein“ ist, so figurirte sie doch in den amtlichen Schriftstücken als „Fräulein Ragerstein“ und die Hausgenossen und Anwohner nannten sie stets „Die Ragermutter“. Fräulein Ragerstein hatte schon seit langer Zeit im vierten Stock des Hauses Klosterstraße 1 eine vom Hauswirth abgemietete Kammer inne und ihre einzige Umgebung bestand in drei großen, häßlichen Katzen, denen sie ihre ganze Liebe und Aufmerksamkeits widmete. Fräulein Ragerstein besaß ein sehr großes Mißtrauen gegen die Menschheit, und dieses ging sogar soweit, daß sie bei dem Empfang der monatlichen Armenunterstützung von 18 Mark ein Behnmarstück zurückwies, wenn ihr ein solches Goldstück mit in Zahlung gegeben wurde. Sie traute der Gerechtigkeit desselben nicht und der Armenkommissar mußte ihr dann stets hartes Geld ausshändigen. Für ihr Leben war die Verstorbene, welche weder einen Verwandten, noch — außer ihren Katzen — einen Freund besaß, äußerst besorgt. In letzter Zeit war sie nämlich wiederholt kränzlich, und so suchte sie der Armenkommissar zur Ausübung eines Krankenhauses zu veranlassen, was sie jedesmal mit den Worten abwies: „Nein, nein, das stirbt man eher, wie in seiner Wohnung.“ Am vergangenen Sonnabend fiel es den Hausbewohnern auf, daß die Alte sich bereits seit zwei Tagen nicht gezeigt hatte und so kam man auf die Vermuthung, daß sie nicht mehr am Leben sei. Die Thüre wurde gewaltsam geöffnet und man fand denn auch das alte Fräulein, umgeben von ihren stark miauenden Katzen und einer nicht weniger als großen Sauberkatze tot vor. Als Todesursache konstatarirte der Arzt in dem Todenscheine Altersschwäche.

Ein nicht geringe Aufregung unter den Bewohnern der Link- und Schellingstraße verursachte gestern die Jagd nach einem schön gefiederten Papagei. Derselbe hatte trotz der bitteren Kälte einen unüberwindlichen Freiheitsdrang verspürt und war durch ein nach dem Hofe schließendes Fenster, dessen eine Scheibe er mit dem starken Schnabel zertrümmert hatte, entflohen. Dieses geschah Vormittags kurz nach 10 Uhr. Trotz der eifrigsten Bemühungen des Eigenthümers, eines im Hause wohnenden Kaufmanns, war es nicht möglich, den Flüchtling einzufangen. Am Nachmittag gegen 4 Uhr bildete sich an der Ecke der Potsdamer- und Schellingstraße ein großer Auflauf, zu welchem ein Papagei Veranlassung gegeben hatte, der auf dem Dachgesims des 4stöckigen Gebäudes saß und ununterbrochen: „Hunger, Hunger!“ schrie. Der gedachte Kaufmann wurde sofort von dem Vorfalle benachrichtigt und er erkannte auch in dem „hungerigen“ Papagei seinen

diesem Sommer sechs Jahre. . . es war an dem Tage, als Herr von Wredow ermordet wurde.“

O'Brian wurde bleich wie Marmor. Er schwieg einige Sekunden. „Herr, Sie sind verrückt!“ rief er. Dann ergriff er den Arm seines Freundes und zog ihn mit sich fort.

„Mag,“ sagte er, als sie durch den Salon gingen, „meines Bleibens ist hier nicht länger. Der Mann hat mich wieder erkannt; ich bin vor Entdeckung nicht mehr sicher. Wenn mich auch der Arm des Gerichts hier nicht mehr erreichen kann. . . aber mein Name wird hier gebrandmarkt sein, hier wie in meiner Heimath.“

„Eine sehr fatale Begegnung,“ bestätigte Mag. „Was wird aber Rastir sagen, wenn wir plötzlich abreisen, zumal, da wir ihm unser Hierbleiben für längere Zeit zugesagt?“

„Wir dürfen nicht darnach fragen, wir müssen fort aus der Nähe dieses Menschen. Noch war er vielleicht zweifelhaft, noch darf er weder hier, noch in meiner Heimath sagen, daß ich ein Mörder bin. Würde ich ihm in dessen öfter begegnen, so würde seinen spionirenden Augen die Identität des Lieutenant O'Brian mit dem Mörder Wredow's nicht entgehen.“

„Also der Lieutenant O'Brian ist doch nicht tot!“ murmelte Sanstleben. Er, ei, Freund Amberg, da sieht es schlimm um Deine Erbschaftsausichten; ein Wort von mir. . . und alle Deine Aussichten wären zu Schanden geworden. . . hm, man muß den Zufall ausbeuten suchen, der mir zu dieser Entdeckung half. . . Ei, wie ist es nur möglich? Erhielt ich doch vom Konsulat die unwiderlegliche Versicherung, daß er tot sei, ja auch die Beweise seines Todes. Vielleicht eine Keckheit! . . . Aber nein, der Name, sein Erblich von der Ermordung von Wredow's Tod. — Wenn er wüßte, daß Wredow wohlbehalten in irgend einem traulichen Asyl sitzt und mit seiner schönen Helene lacht, er würde wahrhaftig sich nicht in der Fremde umhertreiben und Karriere und Erbschaft, Alles im Stiche lassen. . . hm, man muß es ausbeuten!“ wiederholte er. „Der Zufall hat mir zu einer wichtigen Entdeckung verholfen; wir werden überlegen, wie wir sie benutzen.“ (Fortsetzung folgt.)

erlaubt werden müssen. Uebrigens schweben noch besondere Verhandlungen mit den interessirten drei Eisenbahnerverwaltungen, inwiefern dieselben schon jetzt bezw. in unmittelbarer Ausführung der Straßenregulirung zu Beiträgen zu den Kosten der Blücherstraße, soweit sie ihre Terrains berührt, verpflichtet sind, ohne daß die von ihnen angrenzenden Terrains bebaut werden. — Die Versammlung erklärt sich in Folge dessen damit einverstanden, daß die Planirung der Blücherstraße auf dem Terrain der Berlin-Anhalter Eisenbahn schon jetzt ausgeführt wird und daß die etwa 30 000 M. betragenden Kosten dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben entnommen werden.

Magistrat unterbreit der Versammlung den Antrag, das städtische Realgrundstück Kraußstraße 21 für den Minimalpreis von 10 000 Mark zu verkaufen. Da aus der Mitte der Versammlung, speziell von den Stadtverordneten Salge und Garsede, Bedenken gegen den Preis geltend gemacht worden, beschließt die Versammlung auf Antrag des Stadtverordneten Spinola die Niederlegung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern.

Mit dem freihändigen Erwerb des von dem Grundstück Wollnowstraße Nr. 10 aufzulassenden Straßenlandes von 33 Quadratmetern für den Preis von 80 Mark pro Quadratmeter erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Bezüglich des Entwurfs zum Stadthaushalts-Etat pro 1. April 1885/86 macht der Magistrat der Versammlung folgende Mittheilung: Der Entwurf zum Stadthaushalts-Etat pro 1. April 1885/86 ist gegenwärtig soweit fertig gestellt, daß die öffentliche Auslegung desselben in der Zeit vom 21. bis 28. Januar d. J. erfolgt. Nach Verlauf dieser Frist wird nicht unterlassen werden, den Etats-Entwurf der Versammlung unverzüglich zur Festsetzung zugehen zu lassen. Damit indessen schon jetzt eine Kenntnisknahme des Stadthaushalts und der zu demselben gehörenden Spezial-Etats stattfinden und event. die Niederlegung eines Ausschusses, wie in den früheren Jahren, seitens der Versammlung in Erwägung gezogen werden kann, überreicht der Magistrat einige im Druck bereits fertig gestellte Spezial-Etats. — Et. N. Dr. R. r. t. n. beantragt die Niederlegung eines aus 15 Personen bestehenden Etatsausschusses, welchem, wie in früheren Jahren, einzelne Theile des Etats zur Vorberathung des Etats überwiesen werden sollen. Die Versammlung stimmt nach längerer Debatte diesem Antrage zu, nachdem allseitig konstatiert worden, daß die Niederlegung des Ausschusses die erste Etatsberathung nicht verhindern solle, dieselbe vielmehr durch den vom Rämmerer R. n. g. zu erwartenden Bericht einzuleiten ist.

Schluß 7 Uhr. Am Magistratsstische: Rämmerer R. n. g., Stadtbaurath Blankenstein, Stadtrathe Krause, Stadthagen, Voigt, Borchardt.

Der Stadthaushalts-Etat für Berlin pro 1885/86, wie er nunmehr gemäß § 66 der Städteordnung zu Jedermanns Einsicht bis einschließl. Mittwochs den 28. d. M. in den Vormittagsstunden von 10 bis 1 Uhr auf dem Berlinischen Rathhause, Zimmer 38, ausliegt, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 50 974 201 Mark ab. Diese Summe vertheilt sich auf die vierzehn (früher fünfzehn) Kapitel des Etats wie folgt:

	Einnahme	Ausgabe
1. Rämmerer-Verwaltung	675 199 M.	145 184 M.
2. Erlauchungswesen	4 385 450 „	—
3. Steuerverwaltung	27 254 835 „	180 000 „
4. Kapital- und Schulden-Verwaltung	7 519 649 „	8 704 161 „
5. Schulverwaltung	1 712 572 „	9 942 900 „
6. Für kirchliche Zwecke	—	17 702 „
7. Armenverwaltung	744 728 „	6 022 307 „
8. Verwaltung der Krankenhäuser u. Einrichtungen für Gesundheitspflege	337 867 „	2 451 195 „
9. Park- und Gartenanlagen	12 516 „	431 427 „
10. Hausverwaltung	5 162 508 „	10 967 756 „
11. Verwaltungskosten	462 051 „	5 144 902 „
12. Polizeiverwaltung	420 072 „	2 975 266 „
13. Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung und Straßenbesprengung	85 299 „	1 716 369 „
14. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben	2 201 455 „	2 275 032 „
Summa	50 974 201 M.	50 974 201 M.

Die größte Einnahme weist die Steuerverwaltung mit 27 254 835 Mark nach, der nur eine Ausgabe von 180 000 Mark entgegensteht. Das Erlauchungswesen erfordert insofern keine Ausgabe, als das Kuratorium desselben eine selbstständige Verwaltung bildet, welche ihre Ueberschüsse an den Magistrat abzuliefern hat. Die Abweichung, daß der jetzige Etat in vierzehn Titeln, gegen früher in fünfzehn, getheilt ist, resultirt daraus, daß der Titel „Militärverwaltung“ in den Titel „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ aufgenommen ist. Der Etat pro 1884/85 schloß mit 47 469 685 Mark ab.

bestens einen Monat hier, ehe wir uns bei unserm Regiment stellen?“

„Eine so freundliche Einladung können wir unmöglich ablehnen,“ antwortete Felix. — „Ich willige also ein, Sir, für den Fall, daß der Gouverneur uns die Erlaubniß ertheilt, und daß Sie, Mplady, die Einladung Ihres Vaters zu genehmigen geruhen.“

„Wie könnte ich einen anderen Wunsch haben, als mein Vater,“ äußerte Suleima mit sanfter Stimme. „Ich bitte Sie sehr, meine Herren, so lange hier zu bleiben, als es Ihnen gefällt. . . Sie sind ja unser Retter und — Freunde meines Vaters, und als solche uns immer doppelt willkommen.“

In der Bananen-Allee, welche zu dem Schlosse hinaufführte, sah man jetzt eine lange Wagenreihe sich nähern.

„Ah, unsere Gäste!“ rief Rastir. „Es ist Zeit, daß wir uns zu ihrem Empfange vorbereiten, Suleima; ich sehe Dich noch nicht in dem Anzuge, um die Goleterin eines Schlosses zu repräsentiren. . . Entschuldigen Sie mich, meine lieben Freunde, daß ich hinabgehe, die Gäste zu empfangen. — Adieu, mein lieber Freund O'Brian; adieu, Mr. Strahlenau; adieu, Mr. Sanstleben.“

Erst jetzt trat dieser hinter den Blattgewächsen hervor und krümmte seinen Rücken tief, so lange, bis Rastir zur Thür hinaus war; dann trat er vor und näherte sich langsam O'Brian, der seinerseits den Mann mit dem langen, schwarzen, bis obenhin zugespitzten Rock, dem breitkrämpigen Hut aufmerksam und fast erschrocken betrachtete.

„Ei, das ist ja der heilige Sanstleben!“ rief Strahlenau auslachend. „Wie zum Henker kommen Sie denn hierher?“

Jetzt wandte der Hindu-Missionar dem Sprecher sein forschendes Auge zu. Er erkannte ihn sogleich und gab sich den Anschein, als ob ihn das Wiedersehen hoch erfreute.

„Ah, ich sah Sie in Berlin,“ brachte er stotternd hervor. „Es war, als ich auf meiner Missionreise dort war. Wunderbar, daß wir uns, zweitausend Meilen von dort entfernt, wiedersehen.“

Fückling. Durch das geschickte Handeln eines Klempnermeisters, welcher sich über die Balustrade lehnd, das Bauer über den Bogen stülpte, gelang das Entfangen des Papageis. Ein hundertstimmiges „Bravo!“ der unten stehenden Personen erscholl, als der Papagei wieder im Käfig lag.

a. Die Frau eines in dem Hause Schlegelstraße Nr. 12 wohnhaften Beamten ging am 15. d. M., Abends nach 7 Uhr aus, um kleinere Einkäufe zu machen und ließ ihr Dienstmädchen in der Wohnung allein zurück. Eine Viertelstunde nach ihrer Entfaltung klingelte es an der Thür, das Dienstmädchen legte, ohne zu öffnen, die Sicherheitskette vor und fragte durch die nur wenig geöffnete Thür, wer da sei. Durch die Thürspalte sah sie einen ihr unbekanntem Mann, welcher anfragte, von der Frau, die er auf der Straße getroffen habe, geschickt worden zu sein, um Geld für sie zu holen, er habe auch von ihr den Schlüssel zu dem Spindel erhalten, in welchem sich das Geld befindet. Da das Dienstmädchen den Angaben des Mannes keinen Glauben schenkte, und die Thür verschloß, so entfernte sich dieser. Gegen 9 Uhr kehrte die Frau zurück und es stellte sich nun heraus, daß sie Niemandem einen Auszug, Geld zu holen, gegeben und auch Niemandem ihren Spindelschlüssel übergeben habe. Als am folgenden Tage Vormittags die Frau abermals fortgegangen war, klingelte es wieder an der Thür, worauf das Dienstmädchen, ohne die Thür zu öffnen, nach der Person des Einkäufers fragte. Dieser, in welchem das Mädchen den Besucher vom vorhergehenden Abend wieder erkannte, entfernte sich, ohne zu antworten, eiligen Schrittes. Der Unbekannte ist etwa 28-30 Jahre alt, von mittlerer Gestalt, gesunder Gesichtsausdruck, mit blonden Haaren und starkem, blonden Schnurrbart. Bekleidet war er mit dunklem Ueberzieher, hellgrauer Hose und schwarzem Kalbsehuf.

N. Ueberfall. Unser benachbartes Brüg vor gestern Abend der Schauplatz eines brutalen Ueberfalls. Als um die neunte Stunde ein in Brüg wohnender Arbeiter B., von Berlin kommend, seinen Heimweg antreten wollte, wurde er in der Nähe seiner Wohnung von mehreren Strolchen überfallen und derart mißhandelt, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Nachdem die Wegelagerer sich ihm am Boden liegendes Opfer genauer angesehen, erkannten sie, daß sie sich in der gesuchten Person getäuscht, und ergriffen die Flucht. Von einigen Passanten wurde der Mißhandelte aufgehoben und per Droschke nach dem städtischen Krankenhaus im Friedrichshain geschafft. Trotz einer eifrigen Behandlung gelang es leider nicht, der Attentäter habhaft zu werden.

N. Drei Unglücksfälle bereicherten am gestrigen Tage die tägliche Unfallchronik. Der erste ereignete sich auf den Eisenweiden in Eilner. Einem dort mit Abladen von mehreren Tonn starken Eisenstücken beschäftigten Arbeiter ob. fiel ein solches auf das Schieneneisen, wodurch er sich einen schweren Bruch des rechten Unterschenkels zuzog. Der obdachlose Arbeiter M. stürzte gestern Nachmittag an der Acker- und Invalidenstraße-Ecke von einer Vorschwelle derart zur Erde, daß er durch den Fall sich den Kopf spaltete, und der ganze Schädel bloßgelegt wurde. Der Verunglückte wurde sofort nach einem Krankenhaus überführt. Den schwersten Unfall erlitt der in der Teppichfabrik von Brog'n u. Sohn in Rummelsburg beschäftigte Arbeiter W. Derselbe hatte sich über das Geländer eines Fahrstuhls gelegt und den von oben kommenden Lastkorb nicht bemerkt, welcher ihm die Kopfhaut vollständig vom Kopfe riß. An das Aufkommen des W. wird gewweifelt.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Arbeitslosigkeit und Nothstand. Der Hamburger Fachverein der Tapezierer hat im Vorjahr eine Statistik aufgenommen, nach welcher kaum der fünfte Teil der Berufsgenossen 9 Monate des Jahres hindurch Beschäftigung habe, während die übrigen alle drei Monate bis in die Nacht hinein arbeiten mußten. Jetzt seien die Zustände bereits noch ungünstiger geworden; selbst in der allerbesten Zeit bleiben immer noch Arbeiter übrig, welche keine Arbeit erhalten könnten; die Kräfte sei bereits fähig geworden; überall werden Lohnabzüge gemacht und die Anforderungen nahezu ins Maßlose gesteigert. In der Werkstätte des Herrn Schnabel in der Paulstraße 1 B. werde jetzt von den Arbeitern verlangt, daß sie den Werkführer, welchem bisher der Principal bezahlte, jetzt selbst erhalten sollen. Von jedem Stücklohn wird etwas für den Werkführer abgezogen. Ähnliche Fälle könne man vielfach verzeichnen. — Die Aktiengesellschaft Weser in Bremen entliehe wegen Mangel an Beschäftigung 800 Arbeiter. — Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt entliehe in letzter Zeit 11 Techniker und 163 Arbeiter, jedenfalls eine Folge der Zukatrisis, da die Maschinenbauanstalt die Einrichtung von Zuderfabriken als Spezialität betreibt. — Auch im Königreich Sachsen macht sich der Niedergang verschiedener Industriezweige immer bemerkbarer, trotz gegentheiliger Versicherung. Es sind namentlich die Kunstmaaren-Industrie, Glacehandschuh-Fabrikation, die Posamentierwaaren-Fabrikation und die Sticker-Industrie, welche von Jahr zu Jahr mehr zurückgehen. Aus dem Konsularberichte des Bezirks Annaberg geht hervor, daß im 4. Quartal des Jahres 1884 Waaren nach Nordamerika ausgeführt wurden im Werthe von 1 087 231 Mark. Diese Summe vertheilt sich: auf Woll-Instrumente 634 083 Mark; Glacehandschuhe 267 676 Mark; Knöpfe 26 792 Mark; Besätze 93 268 Mark; Stickerien 40 305 Mark; Verschiedenes 25 107 Mark. — Im dritten Quartal 1884 aber wurden für 1 680 000 Mark Waaren aus demselben Bezirk und von denselben Industrien nach Nordamerika ausgeführt, also für circa 600 000 Mark mehr, als im vierten Quartal, und im Jahre 1883 im Ganzen für drei Millionen mehr als im Jahre 1884! Nach anderen Ländern ist der Export gleichfalls geringer geworden und nur der Handel nach Spanien soll in dem letzten halben Jahre etwas lebhafter gewesen sein. Es ist übrigens sehr bezeichnend, daß die sächsischen Blätter mit wenigen Ausnahmen sofort triumphirend verkünden, wenn einmal irgendwo sich ein Aufschwung, und sei er noch so gering, in einem Industriezweige zeigt; dagegen schweigen dieselben Blätter hartnäckig, wenn sich ein Niedergang kund gibt.

Bagabundenthum. Wie wenig der neuerdings so oft behauptete Rückgang des Bagabundenthums ein allgemeiner ist, erhellt aus vielfachen Klagen, die aus der Provinz einlaufen. So sind in letzter Zeit die Ansprüche an den Bernburger (Anhalt) Zweigverein zur Beschäftigung drohloser Arbeiter derart gewesen, daß „die gesammelten und verhältnißmäßig reichem Maße eingegangenen Beiträge in kurzer Zeit aufgebraucht sein werden.“ Der Verein ist in Folge dessen in Verlegenheit, ob er seinen Bedarf noch fernherhin durch freiwillige Beiträge wird decken können, oder ob er sich an die Kreisverwaltung wenden soll. — Das alles sieht nicht nach einer Besserung der Wirthschaftslage aus.

Zum Krankenkassengesetz. Bei der Anwendung des Krankenkassengesetzes wird häufig ein Punkt übersehen, der gerade von höchster Wichtigkeit, insbesondere für den Beitritt zu den freien Klassen auch nach dem 1. December v. J. ist. Es ist die dem ganzen Gesetz zu Grunde liegende Bestimmung, daß jeder Versicherungszwang nur durch thatsächliche momentane Beschäftigung gegen Lohn oder Gehalt begründet wird, demnach: a) am 1. December oder seitdem thatsächlich beschäftigungslos Arbeiter u. nicht versicherungspflichtig waren bezw. sind, sondern es erst werden, sobald sie wieder in Beschäftigung treten; b) mit jedem Austritt aus der gegenwärtigen Beschäftigung der Versicherung erlischt und jede vor oder bei Antritt einer neuen Beschäftigung — wenn auch in demselben Ort und Beruf, ja bei demselben Arbeitgeber — erfolgte Aufnahme in eine dem § 75 genügende Hilfsklasse, daß

betr. Mitglied von Beiträgen zur Zwangs-Kasse befreit. — Ferner kommt es häufig vor, daß bei Krankheitsfällen die Mitglieder der Krankenkassen es unterlassen, sofort Anzeige bei dem betreffenden Kassennarr zu machen. Da ein Mitglied nur Anspruch auf Krankengeld hat von dem Tage, an welchem die Anmeldung bei dem betreffenden Krankennarr geschehen ist, so gehen die Kranken häufig theilweise des Krankengeldes verlustig. Es ist dringend wünschenswerth, hierauf in der Presse, wie in den Berathungen eindringlich aufmerksam zu machen.

Aufruf. An die Drechsler und Verussgenossen in Deutschland. „Kollegen! Wiederum treten wir in diesem Jahre an Euch mit dem Wabruf heran: Gründet Fachvereine zur Wahrung Eurer Interessen! Helfet und mitarbeiten an dem gemeinsamen Werk zum Wohle des Einzelnen wie der Gesamtheit! Kollegen! Wohl bestehen schon in einigen Städten Fachvereine des Gewerks, aber die Zahl derselben ist noch zu gering, um dauernd einen Erfolg zu sichern. Erst wenn in allen größeren Städten Deutschlands Ihr Euch vereinigt zu einem großen Ganzen, dann können wir die Regelung unserer gewerkschaftlichen Fragen mit Erfolg beginnen, und zu einem für uns günstigen Ende führen. Kollegen! Die Ihr bisher nachlässig wartet, Euch gelte dieser Wabruf in erster Reihe. Auf zur Gründung von Vereinen zur Wahrung Eurer Interessen! Und dort wo Vereine dieser Art schon bestehen, rufen wir den Kollegen zu: Wenn Ihr Eure Lage bessern wollt, wenn Euch das Wohl des Einzelnen wie der Gesamtheit, das Wohl und Wehe Eurer Familien am Herzen liegt, wenn Ihr dieses erlangen wollt, dann Kollegen, alle- sammt hinein in die Vereine zur Wahrung Eurer Interessen, denn nur Vereinigung führt zum Ziel.“ — Zur näheren Ausführung find wir gern bereit und eruchen diesbezügliche Schreiben an den Unterzeichneten zu richten. Die Vorkände der schon bestehenden Vereine werden um schleunige Einlenbung ihrer Adressen erucht. Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen der Drechsler und Verussgenossen zu Berlin. J. A.: Robert Sander mann, Schriftführer, Berlin S., Ostschinestr. 61. l.

Den Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Töpfer und Verussgenossen Deutschlands (C. P. 39. Dresden), Filiale Berlin, nochmals zur Nothricht, daß sich jetzt in allen Stadtgebenden Bohlstellen befinden. Wir eruchen nun die Mitglieder, dieselben so viel als möglich zu benutzen: 1. Sonnabend Abends von 7-9 Uhr bei Seefeld, Grenadierstraße 33 (K. Restaurant). 2. Sonntag Vormittags von 9½-11½ Uhr bei Nothert, Rädersdorfstraße 2 (K. Restaurant). 3. Montag Abends von 7-9 Uhr bei Max Kreuz, Gotlibusethor, frühere Linde (Siebbenhalle). 4. Sonntag Vormittags von 9-12 Uhr bei Wilhelm Lüdke, Töpfer, Eisenstraße 2. 5. Sonnabend Abends von 7-9 Uhr bei Jelsmann, Froben- und Wittenstraße (K. Restaurant). 6. Sonntag Vormittags von 9-11 Uhr bei Schultz, Kleinendbergstraße 51, Ecke Swinemünderstraße (Restaurant). Die Aufnahme neuer Mitglieder ist nur beim Kassier Franz Domke, Bartscher 7, 3 Tr. und die Krankenmeldung eines Mitgliedes beim Bevollmächtigten Otto Greier, Köpenickerstr. 100 zu geschehen. Krankengeld wird jeden Sonnabend Abends von 7-9 Uhr bei Seefeld, Grenadierstraße 33, ausgegahlt.

Fachverein der Schlosser und Verussgenossen. Sonnabend, d. 24. d. M., Abends 8½ Uhr, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes und Wahl der 3 Revisoren laut Statut. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verlesung des Protokolls Nr. 1. 4. An die Vorkände der Metallarbeiter-Vereine Deutschlands. 4. Verschiedenes und Protokoll. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es zu erscheinen. Statutenbücher legitimiren.

Große Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins der Rosenthaler Vorstadt, am Montag den 26. Januar 1885, Abends 8 Uhr, in der „Neuen Woballa“ Schönhauser-Allee 156. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die sanitären Einrichtungen Berlins und die Bedeutung der Arbeiter-Bezirksvereine. Referent: Herr Oskar Krohm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes 4. Tageslohn. Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Gäste willkommen.

Für die Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter finden am 24. d. M. (Sonnabend), Abends 8½ Uhr, folgende Versammlungen statt: 1. Für die Mitglieder, die in Woodst ihre Beiträge zahlen bei Witzig, Thomsenstr. 42a, Ecke Stromstr. 2. Für die Mitglieder, die in Rigold zahlen bei Dreier, Berlinstr. 136 (Ardorf.) 3. Am Sonntag, den 25. d. M., Vorm. 10 Uhr für diejenigen Mitglieder, die in der Schönhauserstr. zahlen bei Neumann,

4. Klasse 171. Königl. Preuss. Lotterie.

Steuerung vom 23. Januar 1885.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

18 42 69 [3000] 125 62 [3000] 74 203 75 394 [3000] 543 53 73 73 619 23 [5500] 32 [1500] 723 50 [3000] 61 69 849 71 95 999 1105 41 78 220 58 222 439 68 [3000] 574 605 67 782 874 945 74 [5500] 80 [3000] 82 2013 54 96 94 208 76 [15000] 304 23 426 46 50 85 634 67 777 802 25 26 66 910 63 3064 148 59 97 229 48 99 314 16 [3000] 23 81 407 13 23 675 91 [5500] 612 87 111 809 14 27 948 52 57 74 88 4041 [3000] 120 23 94 256 79 352 96 420 [15000] 27 36 64 91 [3000] 581 793 [3000] 801 45 61 79 89 900
5043 100 225 52 327 77 [15000] 417 28 52 [5500] 75 [5500] 85 507 [3000] 655 97 711 24 803 23 [5500] 56 921 88 [3000] 46 61 76 93 6090 [3000] 146 233 95 320 45 499 502 6 756 [15000] 97 99 864 70 [5500] 909 56 67 7039 [5500] 134 [15000] 321 [15000] 54 [5500] 471 [5500] 78 91 622 66 618 763 92 815 29 48 910 66 8011 173 74 92 [3000] 277 344 49 568 [3000] 14 90 618 84 714 39 [5500] 55 56 [3000] 76 93 815 22 [3000] 81 999 [5500] 9041 70 165 90 249 99 360 74 83 413 525 82 612 51 701 22 47 54 [15000] 90 [5500] 829 [3000] 98 960
10099 74 85 90 113 98 [5500] 324 36 41 76 403 71 [3000] 518 50 70 762 73 865 934 46 43 83 11028 84 148 [5500] 293 324 425 80 501 76 793 [15000] 93 836 45 956 12012 37 [30000] 44 87 159 302 463 64 637 [3000] 33 98 791 829 79 914 13010 [5500] 33 [3000] 56 113 65 [3000] 275 311 446 51 501 62 89 [5500] 619 [15000] 704 12 891 14005 99 180 205 15 37 [15000] 76 83 306 [15000] 70 497 517 20 718 704 93 805 87 902 63
15010 14 50 [3000] 105 30 88 218 20 [15000] 378 [5500] 430 48 48 71 [3000] 598 645 99 719 25 35 838 54 55 93 925 [3000] 56 16068 90 [5500] 128 255 [3000] 94 324 [3000] 92 465 76 502 72 618 33 86 711 56 63 833 85 951 17692 93 103 87 60 279 [3000] 339 78 406 17 532 78 616 19 707 29 42 [3000] 79 810 32 916 63 18068 181 208 15 82 366 [5500] 407 [3000] 11 525 71 623 25 [15000] 710 18 [5500] 70 78 800 84 941 19016 90 242 [3000] 78 320 416 611 48 606 26 [3000] 31 36 66 73 85 89 94 714 72 [3000] 88 948 61 [5500] 90 [3000]
20066 90 163 90 98 [3000] 209 38 57 83 85 327 [3000] 42 [15000] 435 [3000] 50 522 63 83 99 637 [5500] 82 [5500] 750 71 81 942 [3000] 21024 26 88 [3000] 69 105 32 38 92 56 263 367 75 2010 51 500 643 47 [30000] 48 59 88 721 65 806 98 [5500] 901 21 43 86 22016 33 151 62 205 19 342 220 77 81 565 97 [3000] 602 49 [3000] 72 83 [5500] 733 37 59 815 50 907 26 90 33 [3000] 23041 127 66 73 227 30 448 [3000] 51 57 632 85 607 45 [15000] 52 [3000] 739 49 72 74 86 865 [3000] 964 97 24003 79 110 259 66 70 337 60 443 66 [3000] 76 [15000] 523 36 638 47 89 [15000] 805 11 [5500] 39 932
25080 61 68 [3000] 88 122 34 275 91 412 504 6 609 30 53 827 900 26064 85 127 63 [15000] 72 240 90 [5500] 319 56 [15000] 65 433 57 60 [3000] 524 52 635 705 [3000] 85 99 [15000] 812 84 94 [5500] 912 [15000] 22 23 27012 [3000] 31 130 210 79 [3000] 324 [15000] 36 37 [3000] 39 91 [3000] 404 44 75 608 24 614 756 842 901 24037 58 202 18 32 95 523 46 676 809 49 [3000] 58 925 72 [3000] 77 20041 96 137 77 331 94 503 18 63 610 60 61 84 70 72 83 93 98 834 [3000] 67 904 15 [15000] 20 34 43 73
30095 [5500] 130 68 243 36 77 82 332 467 99 668 600 8 [3000] 28 [3000] 32 85 707 861 903 24 31000 21 63 107 25 64 275 314 45 54 66 434 [3000] 84 513 17 [5500] 30 76 623 79 705 [3000] 49 87 805 15 [3000] 22 42 98 78 32005 58 60 136 200 54 94 367 [3000] 403 [120000] 675 95 666 866 920 31 32 33068 129 33 225 401 26 64 66 506 20 [5500] 48 [3000] 91 96 [3000] 682 751 76 83 [3000] 804 58 70 34033 63 288 340 61 431 44 [3000] 506 676 784 67 197 21
35092 30 155 287 99 333 62 63 88 434 82 [5500] 95 586 [3000] 609 18 74 737 67 874 80 [15000] 961 63 [3000] 30012 13 [5500] 52 68 197 [15000] 263 431 68 80 81 94 [5500] 554 83 774 87 830 51 962 88 87125 288 814 46 422 81 531 96 696 731 [3000] 41 [15000] 81 [5500] 86 808 20 83 93 945 67 70 88063 233 46 85 320 418 49 506 8 30 48 [3000] 651 95 607 45 [3000] 808 41 66 915 [15000] 18 44 75 78 39006 33 140 70 287 300 51 602 94 620 71 [5500] 95 754 [3000] 809 34 42 62 [5500] 988
40020 89 98 112 [3000] 44 246 58 85 321 [5500] 72 [5500] 90 92 459 91 558 634 92 764 806 904 41074 151 69 229 67 [15000] 69 92 340 [3000] 405 63 623 44 60 80 83 753 54 95 909 935 67 42008 114 28 [3000] 36 298 72 78 85 [3000] 94 353 65 [3000] 99 [5500] 441 578 640 77 766 [3000] 801 909 10 22 25 49 [15000] 74 92 43033 38 107 202 86 94 402 542 631 38 701 47 868 906 44028 43 77 188 271 77 187 99 374 112 73 544 604 25 29 704 67 [3000] 77 [15000] 818 906 45 97

Beimelstr. 18. Tagesordnung in allen 3 Beirathen Wahl der Ortverwaltungen für die betr. Beiräte.
Eine öffentliche Versammlung der Fischer u. S. findet am Sonntag Vormittag 10 Uhr im Salon, Mödenerstr. 33, statt. Tagesordnung: Die verhältnisse beim Hofschirmermeister Herrn Redden, anderen Verhältnissen im Hinblick auf unser Programm.
Der Fachverein der Stellmacher hält Montag, 22. Januar, Abends 8 Uhr, seine regelmäßige Versammlung Scheffer's Lokal, Inselstr. 10a ab. Gäste willkommen.
Arbeiter-Bezirksverein vom 15. und 20. Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: Die Verhältnisse beim Hofschirmermeister Herrn Redden, anderen Verhältnissen im Hinblick auf unser Programm.
Wahlbezirk. Odenische Mitglieder-Versammlung am Montag, den 25. d. M., Vormittags 10 Uhr, bei Otto, Oststraße 21. Tagesordnung: Vortrag des Herrn B. über Süd-America. Verschiedenes. Fragekasten.

Briefkasten der Redaktion.

J. J. 100. Sie haben nur das Recht, die Sachverhalte, weitergehende Ansprüche, namentlich die von erwähnten, stehen Ihnen nicht zu.
Hoffwadel. Es ist am gerathendsten, ein weiches Testament zu machen, um die Ansprüche der sonstiger erbberechtigter Verwandten auszuschließen.
D. S. J. Der Vertrag ist für den minderjährigen mangelnden Genehmigung des Vormundes nicht hindern. Lebrigen würde auch das Verhältniß von Seiten des Vaters aufgehoben werden können, sofern der Vater seine Mißhandlung sein Recht zur natürlichen Nichtigkeit braucht. Der Vormund kann Ihnen im vorliegenden zur Vertretung des Verlehnten Vollmacht erteilen.
E. S. 1. Die Substantiation des Grundstücks ist 2. Die zweite Frage ist unverständlich.
S. T. 10. Die Kündigung ist rechtzeitig erfolgt.
J. Schäfer. Es lag von Anfang an nur ein Anspruch auf Entbindung, Tauf- und Nachwachenkosten der Anspruch ist aber inzwischen verjährt.
W. J. 1. Sie können diejenigen Vermögensgegenstände, welche Sie in die Ehe gebracht haben.
A. B. 80. Die Verjährungsfrist ist eine vierjährige.
S. 101. Der Nießbrauchvertrag gilt nur bis zum Tode der Ehefrau.
S. J. 97. Die Entscheidung der Gewerbedeputierten ist richtig. Sie können angemessene Vergütung für die Arbeit verlangen.
W. R. 38. Wenden Sie sich an das Amtsgericht Friedrichstr. Nr. 13. Ueber die Höhe der Kosten kann Auskunft erteilt werden, wenn der Werth des Gegenstandes angegeben wird.
Nr. 101. Liegenschaft. Anspruch auf das Grundstück, wenn nicht die Entlassung vereinbart ist, jeder Zeit erfolgen könnte.
A. B. 100. Nach § 23 des Reichs-Kranken-Kassengesetzes von der Gemeindebehörde nach Anhörung der Beirathen von Vertretern derselben ein Kassensatz zu erteilen. Statut muß Bestimmungen über die eventuelle Vertheilung enthalten. Es kommt also auf den Inhalt des Statuts an. Wenn sich die Mitglieder schon vor dem 1. December einer der Behörde zur Genehmigung vorgelegten Entwurfs befanden, die bis zum 1. Juli noch nachträglich genehmigung erhält.
A. Blu. Die Erklärung genügt nicht. Die Frau dauernd in Beschäftigung, so muß sie einer Arbeit nachzugehen. So lange sie noch nicht in Arbeit ist, kann sie freier Hilfskräfte beitreten.
C. M. Schwedterstr. 35. 1. Januar 1884.
S. B. 134. Die Rettungsmedaille ist von jeder Art zu geben.
S. J. 2. Joffenerstraße. Die Mitglieder der Reichs-Kassen sind auch dem Minister des Reichs-Kassen zu melden und der Kulturminister des Reichs-Kassen. Ein Minister für Island erucht. Es ist dies der Justizminister Neumann. Für die Bezeichnung der westindischen Bezeichnungen gibt es keine besonderen Bestimmungen. Die Bezeichnung „Commodore“ haben wir in Deutschland ebenfalls, man wendet dieselbe für einen schwächer kommandirenden Kapitän zur See (nicht Kapitän) an.
S. J. 2. Annenstr. Allerdings erucht für die spanische Marine als Fregattenkapitän und 37 Jahre alt. Die Einreisezeit des Staates ist eine Frage der Zeit.

45019 101 37 87 218 41 [3000] 45 242 63 437 62 527 333 35 49 459 684 746 [15000] 941 47010 35 41 69 121 57 200 54 73 327 33 95 402 538 [3000] 70 60 618 26 [3000] 52 [15000] 21 296 [3000] 700 96 [3000] 804 25 43 989 48008 [60000] 31 [15000] 72 96 44 52 95 [3000] 300 59 82 [5500] 455 508 50 66 622 94 77 822 25 63 994 40882 117 89 82 250 308 443 620 [3000] 90 23 73 94 767 773 78 [3000] 864 [5500] 89 937 76 80
50019 29 193 228 62 96 371 402 9 [5500] 20 33 [3000] 629 31 49 622 818 23 55 69 87 [3000] 95 51076 120 63 74 53 85 404 56 99 600 [3000] 79 642 85 725 [3000] 68 894 89 34 42 52 52067 95 [15000] 116 [3000] 65 83 301 14 [15000] 26 500 2 11 40 62 675 78 740 [5500] 80 925 53005 74 96 111 54 83 99 [3000] 281 83 334 516 22 49 90 621 67 81 734 876 46 408 55 619 26 79 [15000] 96 355 [5500] 747 56 79 98 896 55147 73 226 56 65 [3000] 72 75 82 89 [3000] 835 84 430 724 86 855 56 88 96 74 98 56049 57 92 192 323 406 [3000] 791 802 9 48 90 914 51 74 57000 8 [3000] 20 52 [3000] 58 57 96 235 323 600 56 56 76 87 767 [3000] 879 96 972 82 102 11 [3000] 65 206 20 90 100 24 46 51 [5500] 68 [15000] 40 606 80 81 763 68 78 96 877 [5500] 96 946 48 75 80 50079 62 203 [3000] 300 [3000] 38 97 418 43 75 500 8 71 657 64 [3000] 29 [5500] 36 93 91
60017 135 75 98 372 419 68 81 555 84 [3000] 602 21 71 30 35 917 61059 [3000] 169 234 [3000] 455 679 81 608 25 72 24 80 [15000] 82 806 55 67 942 48 50 87 62087 193 259 349 62 71 443 45 [3000] 55 518 76 88 825 57 910 78 68000 3 [3000] 11 521 52 [3000] 55 424 58 51 65 642 68 93 744 888 910 64 4118 [3000] 25 30 38 63 91 93 210 [3000] 74 349 400 15 58 43 80 86 823 92 [3000] 95 929 [3000] 93 95 96
65088 165 66 208 [3000] 18 45 69 72 336 [3000] 71 421 90 76 84 [3000] 718 23 [3000] 25 809 21 60007 46 108 50 34 337 46 [3000] 91 414 537 46 633 [3000] 721 62 809 [3000] 34 67139 46 307 24 47 452 [3000] 586 670 [3000] 893 910 25 243 69 333 90 407 60 67 554 73 79 679 9 714 41 58 90 60698 97 120 23 33 69 99 325 67 90 [5500] 443 [3000] 522 54 78 652 78 730 56 97 870 86 [3000] 92 990 [15000]
70076 126 [3000] 32 81 386 437 63 92 [3000] 628 700 7 [3000] 84 [3000] 71029 123 285 33 476 514 56 684 712 [15000] 75 39 45 955 93 72005 23 59 86 95 [3000] 195 [5500] 211 60 900 412 50 545 51 67 740 814 30 [3000] 37 64 [3000] 86 900 73020 [3000] 42 [3000] 47 133 [3000] 37 [5500] 205 6 65 85 323 29 64 88 93 535 60 647 785 651 928 34 [3000] 41 74048 98 919 37 75 239 40 66 78 449 601 45 52 [5500] 651 748 96 809 18 21 60 74
75018 74 86 330 34 469 635 43 44 73 84 90 722 51 976 87 88 95 76014 268 313 66 [5500] 404 64 76 81 826 749 65 87 835 924 [15000] 77006 15 [8000] 60 84 305 71 90 93 [3000] 425 39 54 502 21 607 702 55 79 815 916 60 75 231 35 67 92 439 521 [5500] 44 603 14 28 [3000] 714 54 87 82 79093 106 18 56 58 60 96 210 27 51 76 87 302 465 39 55 77 617 21 65 68 97 739 52 57 83 92 69 83 92 930 49 76 82 8026 65 83 149 208 333 431 79 93 [3000] 527 39 49 55 998 81044 79 [60000] 211 331 95 414 25 559 71 97 511 82015 33 83 139 50 61 81 [3000] 88 245 335 439 94 97 511 47 783 [5500] 197 912 62 83016 78 125 [15000] 63 74 76 76 583 86 679 759 61 63 818 21 74 92 972 84059 76 [15000] 76 494 516 [5500] 621 48 84 [5500] 712 824 39 58 98 98 [15000] 85 85037 40 50 94 208 57 245 62 388 414 [3000] 65 77 500 718 30 46 87 814 [5500] 9

Politische Uebersicht.

Zur Frage des Normalarbeitstages entnimmt die *„Nord. Allg. Ztg.“* dem Wiener *„Freundenblatt“*, daß die bisher vorliegenden Jahresberichte der staatlichen österreichischen Gewerbe-Inspektoren sich indessen gegen die Feststellung eines Normalarbeitstages, als die Arbeiter selbst weit mehr schädigend und von diesen selbst weit unterschiedener prothoresis als von den Industriellen, auszusprechen. Als interessant (!) bezeichnet das Wiener Blatt es ferner, daß dem Staate als Bergbaubesitzer auf seinen Bergbau der Normalarbeitstag sehr un bequem zu werden beginnt, und daß die Verträge seiner Organe mit denen der Gewerbe-Inspektoren über die Schädlichkeit derselben für Industrie und Arbeiter identisch sind. So weist der Bericht der Bergbauinspektion nachdrücklich darauf hin, daß die Abnahme der Produktionen in den Bergbau im Jahre 1884 hauptsächlich durch die Einführung des Normalarbeitstages und dadurch unmöglich gemachten Ueberschichten herbeigeführt seien. — Die Begründung ist gut; also weil die Bergbauinspektion konstatiert, daß der Profit geringer geworden ist in Folge der Einführung eines Normalarbeitstages, so ist der Normalarbeitstag für die Arbeiter schädigend. Nicht einmal Ueberschichten konnten gemacht werden! — Ja, für wen und wozu soll denn der Normalarbeitstag dienen? Er soll doch gerade die Ueberschichten verhüten und die Arbeiter vor übermäßiger Ausnutzung schützen. Wenn dabei für die Unternehmer oder den Staat weniger Profit obfällt, so ist damit doch nicht erwiesen, daß der gesetzliche Arbeitstag den Arbeiter schädigt. Ob der Normalarbeitstag den Industriellen bequem ist oder nicht, das ist sehr ungewislich; die Arbeiter, welche die größte Mehrzahl der Staatsbürger bilden, werden auch nicht immer gefragt, ob ihnen die Einrichtungen, welche für sie getroffen werden, bequem sind. — Sondernar denkt es uns, daß die offizielle *„Nord. Allg. Ztg.“* diese Nachricht ohne Kommentar in ihre Spalten aufnimmt; das steht ganz darnach aus, als ob man in der Schäre, in welcher sich die genannte Zeitung bewegt, mit den aus Oesterreich importierten Ansichten einverstanden ist. Sollte dieses der Fall sein, so würde das wiederum ein neues, sonderbares Licht auf die sog. Sozialreform werfen.

Frankfurt a. M. Unmittelbar nach dem Morde, dem der Polizeirath Kumpff in Frankfurt a. M. zum Opfer fiel, tauchte in parlamentarischen Kreisen das Gerücht auf, daß über die genannte Stadt der kleine Belagerungsstand alsbald verhängt werden würde. Wie verlautet, steht diese Maßregel der Stadt Frankfurt a. M. wirklich bevor. Doch sie noch nicht verfügt worden ist, liegt daran, daß sie sich zugleich über das benachbarte Offenbach erstrecken soll und dieserhalb mit der Großherzoglich Hessischen Regierung noch Verhandlungen gepflogen werden müssen.

Mannheim. Gestern Abend wurde ein Mensch verhaftet, welcher in die Polizei-Wachstube im Rathaus zwei große Quadersteine durch das Fenster auf die dort befindlichen Polizeibeamten warf. Einer der Polizisten wurde von dem Steine getroffen und leicht verletzt. Der Strolch wurde auf der Flucht eingeholt, man fand bei ihm eine Anzahl revolutionärer Schriften und ferner ein Notizbuch mit wohlgeordneten Seiten von dem ermordeten Polizeirath Dr. Kumpff. Wie die *„Neue Badische Landeszeitung“* mittheilt, ist der Name des Mannes, welcher gestern Abend 2 Quadersteine durch die Fenster der auf dem Rathaus befindlichen Polizei-Wachstube warf, Busch. Auf die Frage, weshalb er dieses gethan habe, antwortete er: aus politischen Gründen. (!)

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberathung der Börsen-Regulierungsanträge hat den Abg. von Hompesch zum Vorsitzenden, Dr. Grimm zum Stellvertreter derselben und die Abgg. Börmann und Löwe zu Schriftführern gewählt. Die übrigen Mitglieder der Kommission sind: v. Buol, Trimborn, Borch, Frigen, Eichbäcker, Graf v. Droste (Zentrum), von Wedell, v. Roffow, Klemm, Graf v. Stolberg (deutschkons.), Camp (Reichsp.), Dörlhäuser, Scipio (nationallib.), Dr. Siemens, Weiser (deutschfreisinnig), Koper (Volksp.), Singer (Soziald.).

Die Kommission zur Vorberathung des Antrages der polnischen Fraktion wegen Einführung der polnischen Sprache als Gerichtssprache in den ehemals polnischen Landestheilen hielt gestern Vormittag wieder eine Sitzung ab und trat in die Berathung des § 2 des beantragten Gesetzes, welcher bestimmt, daß außer dem in der deutschen Sprache zu führenden Protokoll noch ein Nebenprotokoll in polnischer Sprache geführt werden soll. Der Regierungskommissar, Geh. Rath Dr. Meyer, bekämpfte die Bestimmung dieses Paragraphen, sowie die zu demselben vorliegenden zahlreichen Änderungsanträge und erklärte, die Regierung sei prinzipiell gegen alle obligatorische Anfertigung von fremdsprachlichen Nebenprotokollen. In der weiteren Diskussion, welche mehrere Stunden in Anspruch nahm, erklärten sich die Abgg. Leloch und Hartmann nicht abgeneigt, der Vorlage zuzustimmen, während der Abg. Lips, dem Antrage ebenfalls zustimmend, die Nothwendigkeit betonte, für bessere Ausbildung von Dolmetschern Sorge zu tragen. — Schließlich wurde wegen Herannahens der Plenarsitzung die Debatte abgebrochen; sie soll morgen fortgesetzt werden und erwartet man dann die Abstimmung über den § 2 des Gesetzes.

Aus dem Wahlkreise des Centrumsabgeordneten Dr. Borck, und zwar aus Wansleben und Siebenbrunn, ist nach dem Absterben des „Sebrigsboten“ eine mit 188 Unterschriften versehenen Petition an den Reichstag, in Händen des genannten Reichstagsabgeordneten, abgegangen, welche mit Rücksicht auf die Nothlage der dortigen Uebersiedelung den Reichstag bittet: „den auf Erhöhung der Getreidepreise gerichteten Bestrebungen keine Folge zu geben, vielmehr alle derartigen Anträge durchaus abzulehnen.“

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 23. Januar, 12 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes v. Schilling und Kommissar.
Das Haus legt die Staatsberathungen fort. Die Forderung von 150 000 M. für die Förderung der auf die Erforschung von Central-Afrika und anderer Ländergebiete gerichteten Untersuchungen war nochmals an die Budgetkommission verwiesen worden, welche nunmehr die ganze Summe bewilligen will, während sie nach ihrem ersten Beschluß die Bewilligung von nur 100 000 M. empfohlen hatte.

Referent v. Hunen: Die erneute Kommissionsberathung hat wesentlich mehr Klarheit in die Sache gebracht und die erwünschte Thatsache einer fortwährenden Zunahme des Vertrauens

des Reichsamtes des Innern zur Afrikanischen Gesellschaft herausgestellt, die geradezu als ein Organ dieses Reichsamtes betrachtet werden kann. Die Erfolge ihrer Expeditionen in den letzten Jahren waren den Umständen nach stets günstige. Die Gesellschaft hat sich insbesondere auch der Erforschung neuer Handelsgebiete in Afrika gewidmet; einzelne ihrer Expeditionen sind in Thätigkeit; andere werden demnächst in Thätigkeit treten. Besonders das Haussa-gebiet gestaltet sich allmählich durch die Forschungen der Gesellschaft zu einer reichen Abzweigung für den europäischen Handel; die Haussa-Regen werden mehr und mehr für europäische Bedürfnisse gewonnen. Der Niger ist heute schon ein Durchfluß des europäischen Handels nach Zentralafrika und der Kongo wird es in kurzer Zeit ebenfalls sein. Dies sind im Wesentlichen die Erwägungen, von denen sich die Kommission bei ihrem Votum hat leiten lassen.

Abg. v. Massow (Deutsch-konservativ): Wir sind für die Beförderung und würden es bedauern, wenn der Beschluß des Hauses kein einstimmiger sein sollte, wie es leider nach der Haltung des Zentrums den Anschein hat.

Abg. v. Huene: Ich muß allerdings die Freude vorzutreiben: das Centrum wird gegen die Beförderung stimmen und nur 100 000 M. bewilligen. Der frühere ablehnende Beschluß der Kommission wurde mit einer Majorität gefaßt, die den Verdacht einer prinzipiellen Opposition völlig ausschloß, da ihr auch konservative Mitglieder angehörten. Im Plenum trat dann der Reichsanwalt für die Position ein; für uns aber war damals die Sache schon spruchreif, und unsere Zustimmung zur Rückverweisung an die Kommission war nur ein Akt parlamentarischer Routine. Es wurde übrigens ein starker Druck vom Bundesrath auf die Entschlüsse des Hauses ausgeübt, wie das neuerdings öfters vorkommt, bei mir aber immer einen sehr peinlichen Eindruck hinterläßt. Das Centrum wird stets darüber wachen, daß durch solchen Druck nicht die volle Unabhängigkeit des Reichstages irgendwie beeinträchtigt werde. Die Regierung hat nun die Erläuterung, in der Kommission nichts Neues zur Sache mittheilen zu können, dadurch aufrecht erhalten, daß sie auf Fragen der Kommissionsmitglieder einfach nicht geantwortet hat. (Hört, hört!) Ich hatte z. B. gefragt: welche Summen sind bisher der Afrikanischen Gesellschaft aus Reichsmitteln an Unterstützung zugegangen und wie viel Geld giebt sie überhaupt für ihre Zwecke aus? Die Regierung hat mir beide Fragen, die ich wiederholt gestellt, nicht beantwortet; die einzige neue Information, die wir in der Kommission überhaupt erhielten, ist uns vielmehr lediglich durch den Referenten in seiner Eigenschaft als Mitglied der Afrikanischen Gesellschaft geworden. (Hört, hört!) Er sagte, daß sie früher meist einige 70 000 in den letzten Jahren 80—90 000 Mark jährlich vom Reich erhalten habe. Daß die Regierung recht wohl meine Fragen rechnermäßig hätte beantworten können, ist klar; die Kasse des Reichsamtes steht doch nicht etwa Jedem, der nach Afrika reist, beliebig zur Disposition, so daß man ihm sagt: Bitte, bedienen Sie sich! (Beifall.) Ich beabsichtige aber, durch meine Fragen festzustellen, ob und in wie weit diejenigen, die mit ihrem Handel und sonstigen Interessen an der Erforschung Afrikas betheiligt sind und aus ihr Nutzen ziehen, die Gesellschaft aus eigenen Mitteln unterstützen, wie ja auch zu jedem Eisenbahn- oder Meliorationsbau die Interessenten beisteuern müssen. Meine Fragen hatten also einen rein sachlichen Zweck, und die Oppositionsmacherei wie diesmal auf unserer Seite nicht. (Oh! rechts.) Die Herren von der Rechten pflegen ja alle diese Fragen aufzubauen und aus Rücken Elephanten zu machen. Das mag an dem heißen Klima dort liegen. (Heiterkeit.) Das Centrum hat dem Lande versprochen, die Budgetberathung mit Sparsamkeit zu führen; dies Versprechen wird es halten. Von den 44 Millionen Mark Anleihe, die aufgenommen werden sollen, müssen etwa 22 Millionen Mark durch Steuern gedeckt werden. Ich würde nun alle Beförderungen gern bewilligen, wenn diese Summe durch projektuale Zuschläge zur preussischen Einkommensteuer aufgebracht werden sollte. Die Veranlasser der Entlastung gegen die Majorität des Reichstages sind ja wohl alle einkommensteuerpflichtig; die würden dann ihre Zahlungsfähigkeit an der Ausbringung der Summen betheiligen können. (Heiterkeit.) Diesen meinen Vorschlag mögen die entlastungslustigen Herrschaften sich unter das Kopfkissen legen (Heiterkeit), ehe sie eine neue Entlastung gegen uns veranstalten, sie werden dann vielleicht etwas ernüchterter aufstehen. (Ruf: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache, ich habe nur erklärt, weshalb wir angefaßt der Finanzlage gegen die Beförderung stimmen.

Bundeskommissar Geheimrath Weimann: Mein Chef, der Staatssekretär v. Boetticher, bedauert wegen Unwohlseins heute nicht hier sein zu können. Bezüglich der Kommissionsberathung muß ich mir richtig stellen, daß bereits im Plenum durch den Minister von Boetticher darauf hingewiesen worden, daß die Leistungen der Afrikanischen Gesellschaft den wissenschaftlichen Kreisen durch zahlreiche Veröffentlichungen bekannt geworden sind, und daß die Frage, in welchem Maße die aus Reichsfonds etwa verwandten Mittel bei den Erfolgen der Gesellschaft betheiligt seien, nicht beantwortet werden könnte, einfach aus dem Grunde, weil die Afrikanische Gesellschaft auch über andere, nicht unerhebliche Mittel verfügt, und weil die Reichsmittel ihr nicht für bestimmte einzelne Unternehmungen zugewandt worden sind. Das ist auch in der Kommission der Lage der Sache entsprechend erwidert worden.

Abg. v. Huene: Dem gegenüber halte ich meine vorige Darstellung vollständig aufrecht. Ich appellire an die Mitglieder, welche bei der Kommissionsberathung anwesend waren, dafür, daß ich meine Frage ganz präzise gestellt habe, und daß mir seitens der Regierung keine Antwort darauf gegeben worden ist.

Gebietrath Weimann: Allerdings hat Herr v. Huene siffermäßig die Höhe der Beiträge wissen wollen, welche der Gesellschaft vom Reich gewährt worden sind. Es ist ihm darauf deshalb keine Antwort gegeben worden, weil die Regierung meinte, daß die Beantwortung dieser Frage nach Lage der Sache keinen Zweck haben würde. (Unruhe.)

Abg. Singer (Sozialdemokrat): Namens meiner Partei erkläre ich, daß wir für die Beförderung stimmen werden. Wir lassen uns dadurch aber nicht in Bezug auf die Kolonialpolitik präjudizieren, zu der unsere Stellung neutral durch den Abg. Posenleber bezeichnet worden ist. Wir meinen gerade, daß durch die weitere Erforschung von Afrika, zu der wir hier das Geld bewilligen, es sich herausstellen wird, daß jene Gegenden zur Kolonisierung ungeeignet sind. Wir werden überhaupt bei Forderungen für rein wissenschaftliche Zwecke niemals nein sagen. (Beifall.)

Abg. v. Massow: Auch ich habe allerdings in der Kommission den Eindruck gehabt, daß sich die Regierung wohl etwas mehr detailliertes Material hätte geben können; wenn dies aber nicht geschehen ist, so nehme ich bis zum Be-

welle des Bezugs an, daß die Vertreter der Regierung aus sachlichen Gründen geschwiegen haben. Ich werde aus den bereits unsererseits mehrfach dargelegten Gründen für die Beförderung stimmen. Wenn dann aber Herr v. Huene auf die Entlastung des Landes wegen des Beschlusses vom 15. Dezember zurückgekommen ist und die Sache etwas buchst. zu behandeln versucht hat, so unterschätzt und mißdeutet er doch den Charakter jener Bewegung. (Sehr wahr! rechts. Unruhe links und im Centrum.) Ich habe den bestimmten Eindruck, als ob jene Bewegung weder von oben her gemacht noch unbedeutend wäre, sondern als ob in der That eine tiefe und durch ganz Deutschland gehende Entlastung beim Volk darüber entstanden war, daß die Reichstagsmajorität dem hervorragenden Leiter unserer Politik am 15. Dezember nicht einmal eine unbedeutende Erleichterung seiner Arbeitslast hat bewilligen wollen. (Verbathene Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen; große Unruhe links und im Centrum.)

Präsident v. Wedell-Biesdorf: Ich spreche im Interesse der weiteren Verhandlung des Etats den dringenden Wunsch aus, daß auf den Beschluß vom 15. Dezember jetzt nicht zurückgekommen werde.

Abg. v. Huene: Die Regierung hätte es mir überlassen sollen, zu beurtheilen, was ich mit meinen Fragen bezweckte; ich konstatire nochmals, daß sie mir dieselben nicht beantwortet hat.

Abg. Graf v. Behr: Die deutsche Reichspartei wird für die Beförderung stimmen, die namentlich auch im Interesse der Kolonialpolitik geboten ist.

Abg. Richter: Ich werde für die Beförderung stimmen, möchte aber doch Protest einlegen gegen die Art und Weise, wie man hier Information verweigert. Ich brauche dieselbe nicht mehr, aber ich bin doch überrascht, daß, wenn ein Mitglied namens einer großen Fraktion um dieselbe bittet, damit es für die Regierungsvorlage stimmen kann, man diese Information verweigert und erklärt, ich bin zwar im Besitz dieser Information, glaube aber, daß man auch ohne dieselbe beschließen kann. Wohin soll es führen, wenn man vom Regierungstisch eine Information einfach deshalb verweigert, weil man glaubt, wir hätten sie nicht nötig. Das Haus und die einzelnen Mitglieder haben das Recht zu beurtheilen, ob sie eine bestimmte Information brauchen oder nicht. Es ist unsere Sache zu beurtheilen, ob wir noch Information brauchen oder nicht. Es liegt im eigenen Interesse der Regierung, daß sie nicht eine weitere Information mit hallofen Gründen verweigert. Der Präsident hat gewünscht, daß man auf die Entlastungsfrage nicht weiter eingehen möge. Ich habe auch sehr wenig Neigung dazu; diejenigen, die die Entlastungsbewegung angeregt haben, haben so wenig Ebre damit eingelegt (Bravo! links), daß man dieselben sich selbst und dem Urtheil der Zukunft überlassen kann. Hervorheben aber möchte ich nur noch, welchen Erfolg im Auslande, wie wir heute in den Zeitungen lesen, die verheerenden und hallofen Angriffe gegen den Reichstag gehabt haben (Oh! große Unruhe rechts). Was hat man damit erreicht? Der spanische Minister hat, augenscheinlich auf Grund der verleumderischen, unwahren Angriffe gegen den Reichstag, erklärt, daß die Majorität die Bewilligung der nothwendigsten Kredite verweigert hat. Ist das Patriotismus, wenn die eigenen Reichsangehörigen durch solche Verleumdungen ihrer Volksvertretung dazu beitragen, daß das Ausland vollständig unrichtige Begriffe über das Reich erhält, was in Deutschland geschieht?

Der Präsident ersucht den Redner, diese Frage bei dieser Diskussion nicht weiter zu verfolgen, worauf Abg. Richter erklärt, dem Wunsch des Präsidenten folgen zu wollen, da er so ziemlich gesagt habe, was er habe sagen wollen.

Abg. Richter: Ich hatte mich auch nur nach der Charakteristik der Entlastungsbewegung, wenn man es Bewegung nennen will, und nicht vielmehr einen Spektakel, seitens des Abg. v. Massow gemeldet, würde aber für den Fall, daß heute von anderer Seite man sich dem Wunsche des Herrn Präsidenten fügt, auch darauf verzichten, irgend eine weitere Bemerkung darüber zu machen. Der Abg. v. Huene hat die Stellung zu dieser Summe gewissermaßen als den Prüfstein hingestellt für die Sparsamkeit. Ich werde mit Herrn v. Huene für meine Person gegen die erhöhte Bewilligung stimmen, kann aber nicht zugeben, daß dieses Verhalten gerade einen Prüfstein abgiebt für die Sparsamkeit. Man kann bei der Beförderung der Sparsamkeit bei verschiedenen Punkten zu verschiedenen Urtheilen kommen. Wir haben in manchen Punkten für Ersparnisse gestimmt, wo seitens des Zentrums für größere Bewilligungen gestimmt wurde. Ich meine, daß an sich diese 50 000 Mark nicht charakteristisch sind für das Verhalten zu dem gesamten Etat. Dasjenige, was mich leitet bei meiner Abstimmung, die 50 000 Mark nicht zu bewilligen, ist ein anderer Umstand. Von Seiten der sozialdemokratischen Partei ist erklärt worden, daß man für wissenschaftliche Zwecke recht viel Geld verwenden wolle. Diese Auffassung theile ich vollständig. Ich bin nur der Meinung, daß es für gewisse wissenschaftliche Zwecke in einer Reihe eine Ehrenpflicht der reichen Leute wäre, in Deutschland freiwillig mehr Geld zu geben. Wenn wirklich in diesem Augenblicke das Interesse an Afrika und dessen Erforschung so stark ist, wie es den Anschein hat, dann müssen sich gerade die wohlhabenden Kreise — noblesse oblige — ganz anders verpflichtet fühlen, die Afrikanische Gesellschaft aus ihrem Säckel zu unterstützen (sehr richtig! links), nicht nur mit den 50 000 M., die hier gefordert werden, sondern mit einer viel größeren Summe. Aber aus einer Bemerkung des Herrn Abg. v. Hunen haben wir erfahren, daß es durchweg nur kleine Leute sind, Lehrer, die diese Gesellschaft unterstützen, und daß dagegen gerade die reichen Grundbesitzer und Großkapitalisten, die sich sonst immer so beehren mit allerhand nationalen Bewegungen, es daran fehlen lassen, diese Gesellschaft so zu unterstützen aus ihren Mitteln, wie sie unterstützt zu werden verdient. (Sehr gut! links.)

Abg. v. Heildorff: Der Abg. Richter hat von dem verleumderischen Treiben Derer gesprochen, die der Mehrheit des Reichstags Schuld gegeben haben, sie habe Beschluß gefaßt, die für das Land verderblich seien. Er hat dabei unsere Partei nicht genannt, aber die Art und Weise, wie er sprach und sich dabei gegen und wandte, ließ doch erkennen, daß er uns als die Anreger einer verleumderischen Bewegung im Lande ansieht. Wir sind uns aber bewußt, daß wir nicht die Anreger einer solchen Bewegung waren, sondern daß sie entstanden ist lediglich wegen der Beschlässe der Mehrheit des Reichstages (sehr wahr! links und Widerspruch links); daß sie entstanden ist wegen eines Beschlusses, durch welchen die Mehrheit des Reichstages — wie wir glauben, leider! — dem Führer unserer Politik sehr unbedeutende Mittel in einer Weise verweigert hat, welche bei der Mehrheit der Nation Enttäuschung verursachte! (Beifall rechts. Große Unruhe.) Die chauvinistische Partei in Frankreich hat in der That, wie ich in vielen Blättern gelesen habe, über jenen

Reichstagsbeschluss außerordentlich gebildet. Die Ausführung dieser Thatsache genügt, um das, was der Abg. Richter gesagt hat, zu verurteilen. (Lebhafte Beifall rechts. Bischen links und im Centrum.)

Abg. Richter: Das man selbst in konservativen Kreisen diese Bewegung nicht als eine ursprüngliche und natürliche ansieht, das beweist das Urtheil eines Blattes, dessen konservative Richtung sie gewiss nicht bestreiten werden, des „Reichsboten“, eines Blattes, das zugleich ein unabhängiges Blatt auf konservativer Seite ist, was man nicht von allen konservativen Blättern sagen kann. Dies Blatt sprach von dieser Bewegung unmittelbar nach ihrem Entstehen als von einem offizios-gouvernementalen Koryphäentendenz, der mit seinem dröhnenden Blech alle vernünftigen und besonnenen Elemente aus dem Tempel schied und verurtheilend auf die stillen Grundlagen unseres politischen Lebens und des Volksgewissens einwirkte. Ich habe diesem Urtheil des konservativen „Reichsboten“ über diese Bewegung nichts hinzuzufügen. (Heiterkeit links.) Was das Urtheil des Auslandes anbelangt, so nehme ich doch hier Veranlassung, zu konstatieren, daß man offizios und von einer gewissen Seite falsche Nachrichten erfunden und verbreitet hat. Es ist zuerst durch die „Kölnische Zeitung“, dann durch viele Zeitungen der gegnerischen Richtung verbreitet worden, daß am Abend des 15. Dezember in Paris auf den Boulevards Hochs auf die Führer dieser Seite des Hauses ausgebracht worden seien wegen jenes Beschlusses. Das ist wochenlang verbreitet worden. Es ist durch die Pariser Presse konstatiert worden, daß an jenem Tage von diesem Beschlusse in Paris überhaupt noch nichts bekannt gewesen ist (Hört! hört! links), daß dieser Beschluss erst durch die Morgenblätter vom 16. Dezember zur allgemeinen Kenntniss der Pariser Bevölkerung gelangte und sie so fühlte, wie es in der Natur der Sache liegt. Gleichwohl hat die „Kölnische Zeitung“, eines der verlogensten Blätter, die es augenblicklich giebt (Sehr richtig! und lebhafter Beifall links; Unruhe), diese falsche Nachricht als Telegramm zuerst verbreitet — ich könnte es vorlesen —, und dann ist von einer Unsumme von Blättern, Lokalblättern, diese Nachricht weiter verbreitet worden, hat auch auf eine gewisse Anzahl von Leuten in der That den Eindruck gemacht, als ob sie in Wahrheit begründet wäre. Das ist eines der kleinen Mittelchen, die man auf die Herren der Herren und Damen — denn es war in der That eine Herren- und Damen-Bewegung — angewendet hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Quene bespricht gegenüber dem Abg. Richter, daß er gerade diese Position als Präfix der Sparbarkeit bezeichnet habe.

Abg. v. Malgahn (Glg.): Daß der „Reichsbote“ von einem konservativen Mann vertreten wird, ist richtig; ebenso, daß er konservative Interessen vertreten will. Aber ein Blatt der Partei als solcher ist er nicht. Wenn er wirklich den vom Abg. Richter vorgelesenen Passus enthalten hätte, so würde er meines Erachtens sich geschmacklos ausgedrückt haben; er hätte, ebenso wie die Herren von jener Seite, den Charakter der Bewegung falsch verstanden. Es ist mir aber gesagt worden, daß der „Reichsbote“ seine Äußerung nicht als eigene, sondern als Referat aus einer andern Zeitung gebracht hat. (Widerspruch des Abg. Richter.) Was nun aber der „Reichsbote“ oder das „Berliner Tageblatt“ (Abg. Richter: Der „Reichsbote“!) — an der Thatsache selbst würde die schiefte Beurtheilung durch einen Mann der konservativen Partei nichts ändern, daß die Bewegung im Lande ohne jede Mitwirkung unserer Parteileitung hervorgerufen ist. Wir haben weder ein Wort geredet, noch eine Zeile geschrieben ins Land hinaus; gleichwohl brach von allen Seiten im Lande die Entrüstung zu hellen Flammen aus. (Große Unruhe und Lachen links.) Ob die Herren über die Bewegung lachen oder sie verleumderisch schimpfen, an der Thatsache ändern Sie damit nichts. Als ich Weihnachten nach Haus kam — (Rufe: Zur Sache!) Wer hat denn die Sache angezettelt? Sie waren es! Nachdem Herr Richter uns die Theilnahme an einer „verleumderischen Bewegung“ vorgeworfen hat, kann man's uns nicht verdenken, wenn wir antworten. Ich weise den Vorwurf aber nicht nur in Bezug auf uns allein zurück; man hat im Lande den Beschluss der Majorität vom 15. Dezember einfach für das gehalten, wofür auch ich ihn halte: für einen Beschluss, der das Material dazu bot, daß man im Auslande uns mit Schadenfreude oder Hohn betrachtete, im Inlande in den wirklich patriotischen Kreisen mit Entrüstung! (Beifall rechts; Bischen links und im Centrum.)

Präsident v. Wedell, Biesdorf: Der Abg. Richter hat, so weit ich ihn verstand, von Theilnahme eines Mitgliedes des Reichstages an einer verleumderischen Bewegung nicht gesprochen.

Abg. Richter: Der Präsident hat das Erforderliche bereits gesagt. Ich bin erstaunt, daß Sie hier eine Empfindlichkeit gezeigt haben (Sehr gut! im Centrum und links), wie ich sie sonst nicht bei Ihnen gewohnt bin. Sie haben Dinge gehört, die ich gar nicht gesagt habe. Wenn Sie wirklich so unbehilflich waren, weshalb legen Sie mir unter, was ich nicht gesagt habe? Wenn er den unkorrigierten Bericht liest, wird er auch um Entschuldigung bitten. (Lebhafte Rufe.) Nur, das ist Geschmacksache, ich habe kein Bedürfnis, die Entschuldigung von ihm zu hören. Wenn hier von Entrüstung in hellen Flammen im Lande gesprochen ist, wer ist entrüstet? Auch die, welche unterrichtet sind? (Sehr richtig! links.) Wenn man dem Lande sagte, um was es sich wirklich gehandelt hat, in der That um eine Papalie (großer Lärm rechts), dann hörte die Entrüstung auf. Wenn Sie das Fazit ziehen, werden Sie sich sagen müssen: Wozu der Lärm? Es war sachlich allerdings eine Papalie und man hat durch die Bewegung das Auslande, wie Sie sehen, irre geführt. Im Uebrigen will ich heute sachlich nicht auf die Frage eingehen und mich dem Wunsch des Präsidenten unterwerfen. Als Urheber der Entrüstungsbewegung habe ich niemand genannt, ich weiß nicht, weshalb Herr v. Malgahn das auf sich und seine Freunde bezogen hat.

Abg. Dr. Buhl: Meine Herren, ich kann die Ausführungen des Abgeordneten Richter über den Volkspetitionel und die des Abgeordneten Richter nicht un widersprochen lassen. Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung berichten, daß ich unmittelbar nach meiner Heimkehr eine dringende Aufforderung vorfand, in dem Wahlkreis, in dem ich wohne, einer großen Versammlung beizuwohnen. Diese dringende Aufforderung wurde von da aus den Wählern, ohne irgend welche Anregung von unserer Seite wiederholt. Ich darf Sie weiter versichern, daß ich, als ich der Aufforderung Folge leistete und in der Versammlung sprach, selbstverständlich in einer Weise, wie ich als Abgeordneter glaube sprechen zu müssen, in dem Orte kaum jemals eine besuchtere und wohl niemals eine Versammlung gefunden habe, in der das Gefühl der Versammlung lebhafter zum Ausdruck gekommen wäre bei dieser Gelegenheit. Ich gewann hier die volle Ueberzeugung, daß das kein von Außen in die Wählerschaft hineingetragenes Gefühl war. Man zog uns zu und wir mußten dem Rufe Folge leisten. Meine Herren, wenn Ihnen die Bewegung jetzt unangenehm ist (Lachen links und im Centrum), — ich kann Ihnen sagen, es war eine ernstliche, es war eine begeisterte Volkstimmung (lebhafter Widerspruch links und im Centrum, sehr richtig! rechts!), die keines künstlichen Feuers bedurfte hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter: Sie (die Rechte und die National-liberalen) sind doch an der Bewegung nicht so unschuldig, noch an demselben Tage, an dem der Beschluss gefasst wurde, erschien in der „National-liberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der Partei, ein Aufsatz an die deutschen Wähler (Hört! hört! links), in dem sie aufgefordert wurden, zu dem Beschluss

Stellung zu nehmen und in Adressen und Resolutionen den dabei beteiligten Abgeordneten ihre Billigung auszusprechen. Der Abg. Buhl stellt die Sache so dar, als ob er eben ganz unschuldig in das Land gereist sei. Nein! Es haben keine Volkstagsversammlungen stattgefunden; man hat sich wohl gehütet, das Volk zu berufen. In meinem Wahlkreis hat man sehr sorgsam nur diejenigen eingeladen, von denen man annehmen konnte, daß sie entschlossen seien, den Beschluss des Reichstages zu billigen. Sonst pflegt die ganze Pöbel sich in Neustadt zu versammeln. Jetzt haben die Nationalen es nicht für rathlich erachtet, dort eine Versammlung zu veranstalten. Dagegen haben sie Dienstmannen über Land geschickt, um Unterschriften zu sammeln. Auch der Beamtenapparat ist im Lande thätig gewesen; so in den Bureaus der königlichen Eisenbahndirektion des Jentralneubaues in Köln. Vor mir liegt ein Schreiben des Ratspräsidenten Alster an die Beamten, worin derselbe sagt, daß er die Vertrauensadresse an den Fürsten Bismarck im Einverständnis mit dem Präsidenten zukünftig lasse. Das ist deutlich für jeden Beamten. In Quakenbrück hat man sogar den Schuldiener umhergeschickt, um Unterschriften der Eltern bei den Gymnasialen zu sammeln. Vor mir liegt im Original auch eine Einladung zu einer sogenannten national-liberalen Volkstagsversammlung in Vingen, sie ist unterzeichnet: der Vorsteher der Hauptwerkstätte. Brumme. In der Bekanntmachung lobet derselbe sämtliche Beamte und Arbeiter ein, um eine Zustimmungsadresse an den Reichskanzler zu übersenden; er fügt hinzu: ich spreche die Erwartung aus, daß das patriotische Gefühl bei allen hier Beschäftigten so rege ist, daß sich Niemand von der Theilnahme ausschließt. Da muß freilich jeder Arbeiter kommen; aber was er sich dabei innerlich denkt, ist etwas Anderes. Mit besonderem Eifer haben große Industrielle in westfälischen Bezirken sogenannte Arbeiter-und-Gelehrten in Szene gesetzt. Es sind diese die Distrikte, wo die Arbeitgeber politisch ihren Arbeitern so wenig trauen, daß sie sie selbst auf dem Weg zum Reichswahllokal nicht außer Augen lassen; Spaltere von Aufsichtsbearbeitern waren aufgestellt, damit die Arbeiter nicht die ihnen von den Arbeitgebern übergebenen Wahlzettel veräußern könnten. Durch künstliche Wahlzettel von Appdecken sucht man dort die nationale Gesinnung bei der Wahl zum Ausdruck zu bringen. Solche Arbeiter preßt man dann auch zu nationalen Rundebungen. Die beste Probe auf diese Bewegung wüßten die Nachwahlen geliefert haben, beispielsweise diejenigen in Greiz, welche acht Tage nach dem 15. Dezember stattfanden. Vor mir liegt das fürstlich reuß-plauenische amtliche Gerichtsblatt, mit einem von einem Liberalen unterzeichneten Aufsatze folgenden Inhalts: „Alle Mann zum Strand! Rettungsbote los! Ein ledes Schiff „Germania“ in Sicht! Dem Kapitän Bismarck zu Hülfe!“ Dann wird gegen den Beschluss vom 15. Dezember polemisiert, und am Schluß heißt es: „Jetzt lautet der Wahlspruch: einen Ordnungsmann nach Berlin, der unsern größten Patrioten, dem Heil- und Segenspenden, seinen Kopf und sein Herz bringt.“ Darunter ist der Dank des Fürsten Bismarck abgedruckt für eine Rundgebung aus Anlaß des 15. Dezember. Gleichwohl ist sozialdemokratisch gewählt worden. Die Stimmenzahl hat sich nicht verändert, nicht 100 Stimmen hat die nationale Bewegung unter Hilferuf für den Kapitän Bismarck und das ledere Schiff „Germania“ gewonnen. (Beifall links.)

Abg. Graf Behr: Die Bewegung war durchaus eine spontane und keine künstlich gemachte; die Entrüstung im Volke war deutlich zu erkennen. Wir unsrerseits könnten freilich nur wünschen, daß Sie dies nicht erkennen, und die Herren auch bei der dritten Lesung in der Opposition verbleiben. Das Volk würde Ihr Verhalten nicht begreifen und das bei den nächsten Wahlen zu erkennen geben.

Abg. v. Köller: Der Grund, der den Abg. Richter veranlaßt hat, die Entrüstungsbewegung heute zur Sprache zu bringen, ist der, daß die Herren eingeschoben haben, daß sie sich gründlich festgeritten haben, und daß es gerathen sein möchte, die Bedeutung des Beschlusses vom 15. Decemb. abzuschwächen, indem sie sagen, die Sache sei ja so schlimm gar nicht, wie sie von anderer Seite dargestellt werde. Aber, wer sich zu entschuldigen sucht, lagert sich an. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Richter hat eine andere Taktik; er pflegt, wenn er bei irgend einer Gelegenheit das Gefühl hat, daß er reingefallen ist, die Sache ins Lächerliche zu ziehen. In dieser Weise sprach er auch heute von den Bemühungen der Beamten um Unterschriften zu sammeln. Ich freue mich, daß es Beamte genug im Deutschen Reiche giebt, die bei solcher Gelegenheit die Mühe nicht scheuen, Unterschriften für eine öffentliche Erklärung zu sammeln, die ihrer Ueberzeugung entspricht. Schuldiener sollen herumgegangen sein und Unterschriften von Gymnasialen eingesammelt haben. (Ruf: Von den Eltern!) Ich würde mich in jenem Falle noch mehr freuen haben; die Zukunft gehört eben uns. Wir müssen einmal ganz unverfroren unsere Ansicht über Sie aussprechen. Sie glauben gar nicht, welche Erfolge man durch eine gewisse Unvorsichtigkeit erreichen kann. (Gelächter.) Man kann darin von Ihnen (links) lernen. (Lachen.) Wenn wir die Unvorsichtigkeit benutzen, um uns gegen Angriffe zu vertheidigen, so wird uns dies das Land danken. Wenn auch die Abgg. Richter und Richter die Entrüstungsbewegung in ihrer Bedeutung herabzusetzen versuchen, die große Bewegung ist nicht von Abgeordneten oder Mitgliedern des Reichstages gemacht worden, sondern in jedem Wahlkreis haben sich freiwillig Männer zusammengethan, welche empört waren über den Beschluss vom 15. Dezember. Bis in die Kreise der Fortschrittspartei hat man die Abstimmung gemüßigt, und Ihre Wähler werden Ihnen das vorhalten, wenn Sie nicht etwa in dritter Lesung den Beschluss ändern; dann würden Sie freilich gute Ausrede haben. Ich erinnere nur an die Volkstagsversammlung hier in Berlin. (Abg. Richter: B o l l s versammlung?) Sie beweist, daß 10000 Berliner mit Ihrem Beschluss nicht einverstanden sind, und die nächsten Wahlen werden zeigen, daß die Fortschrittspartei hier in ihren Grundlagen immer mehr und mehr zu wanken anfängt. Oder ist es von ungefähr, daß 20000 Unterschriften vorliegen und unter dem Komite Namen stehen, die, wie gesagt, früher zur Fortschrittspartei gehöret? Wollte der Abg. Richter die Sache ins Spaghaste ziehen, so würde ich Ihre Nachsicht noch mehr erregen können, wenn ich Ihnen ein Lied vorträge, das nach der Melodie „Prinz Eugen der edle Ritter“ von einem Ihrer Parteigenossen verfaßt ist. (Redner beginnt zu lesen. Rufe: Singen! Sittmische Heiterkeit.) Ich könnte es Ihnen auch singen. (Erneute sittmische Heiterkeit.) Versuchen Sie also nicht eine Sache zu verkleinern, die wirklich bedeutungsvoll ist. Nehmen Sie vielmehr aus den Rundebungen die Lehre, daß Sie Ihren Wählern gegenüber nicht allmächtig sind, daß diese sich nicht alles gefallen lassen.

Abg. Windthorst: Ueber die jetzt in Frage stehende Position von 150000 Mark hat der Abg. v. Quene das Nöthige vorgebracht. So lange ich nicht überzeugt werde, daß die zunächst Theilhabenden einen angemessenen Beitrag zu den Erorückungskosten geben, werde ich die Steuerzahler, die ich zu vertreten habe, mit neuen Lasten nicht behelligen. Wenn man bei jeder Position im Etat, die einer oder der andere zu bewilligen geneigt ist, gleich sagt: „Das ist nur eine kleine Summe“, so muß ich erwidern: aus den kleinen Summen summt sich das Ganze und das Ganze ist zu groß. (Sehr richtig! im Centrum.) Nun hätte ich meinstheils gewünscht, daß man sich in der Diskussion lediglich auf diese Position beschränkt hätte, welche augenblicklich allein zur Verhandlung steht. Das ist leider ungeachtet der Mahnung des Herrn Präsidenten nicht geschehen. Ich werde dem Beispiele, welches gegeben worden ist, nicht folgen. Ich werde heute diese Angelegenheit nicht eingehend behandeln.

Wenn das nöthig erachtet wird, so bei der dritten Beratung dazu Zeit genug. Wir sind im Stande sein, in sachlicher Begründung darauf der Beschluss so gefast worden ist, den man zum so vieler Angriffe gemacht hat. Die Fraktion, die ich höre, hat zur Zeit, als über diese Position gestimmt wurde, sich schweigend verhalten. Sie über diese Angelegenheit gänzlich schweigen zu lassen, aber, fürchte ich nunmehr, wenn diese Position zur Rathung kommt, sehr deutlich sprechen müssen. Es gar leicht klar gelegt werden können, daß es in der gar nicht darum gehandelt hat, dem Herrn Reichskanzler wendige Bedürfnisse abzuschlagen. Es wird sich nachzuweisen, mit welcher Liberalität der Reichskanzler dem Herrn Reichskanzler in Bezug auf Arbeitskräfte zu jeder Zeit entgegengekommen ist von Jahr zu Jahr die beschlagnahmten Summen sind. Es würde sehr leicht sein, darzulegen, es sich nicht um Arbeitskräfte überhaupt handelt, sondern darum, ob man einen neuen Minister hinstellen wollte (Sehr wahr! links und im Centrum) und das ist etwas ganz anderes. Es wird fernher gelegt werden können, daß nach der Wendung, welche die Diskussion genommen hat, diese Rücksicht auf die Abstimmung entscheiden konnte. Es ist die nicht auf die Bedürfnisfrage betreffs der 20000 Mark beschränkt worden, sondern man hat sie zu einer Diskussion gemacht; und diese hochpolitische Debatte langte unabwieslich notwendig ihre Beachtung der Entscheidung ins Gewicht. Alles dieses müßte wieder sich Gelegenheit bieten; und es wird dann werden, daß es sich damals gar nicht um Reichskanzler gehandelt hat; auswärtiger Politik im Zusammenhang verbunden zu werden pflegt. Der 15. Dezember ist nachher in der offiziosen und in der ihr nachstehenden Presse aufgedauert worden. In dieser Weise, die durchaus nicht in der Richtung durch diese absichtliche oder unabsichtliche in der Presse aber, von der ich nicht weiß, inwiefern sie von gebetenen Schreiben ist im Auslande hier und da ein Mißverständnis den. Und was die Bewegung im Lande, von der Rede war, anbelangt, so ist die Sache so einfach, daß ich in der That nicht begreife, wie man erheben kann. Es ist ja nichts anderes, als die der Majoritäten in den betreffenden Wahlbezirken konservativen und der National-liberalen (Sehr richtig und der Minoritäten in den anderen Wahlbezirken richtig!) Ist das denn so etwas Verwunderliches? Graf Behr hat zur Begründung seiner Auffassung gesagt, daß er in seinem Wahlkreis das vorgeschrieben war dort zur Manifestation gekommen ist. Ja, daran. Seine Wähler haben eben ihm und seiner Zustimmung gegeben. Das ist in den betreffenden Kreisen überall so geschehen. Daher dieser Lärm. Ich habe aber die Ruhe der anderen Kreise überört. In der der Centrumsfraction herrscht volle Zustimmung. Die der Abg. Richter hat Ihnen mitgetheilt, in dieser Weise man verfuhr hat, in Vingen eine Gegenbewegung zu machen. Der Versuch beschränkte sich darauf, Leute, die nie im Leben mich gewählt haben und wählen werden, gegen mich demonstrieren. In der Stadt ist sofort eine sehr kräftige Antwort erfolgt haben im Uebrigen meine Wähler in rascher Bemerkung Zeit mir dieser Tage eine Adresse geschickt, versehen als 5000 Unterschriften, worin sie vollständig meine und der des Centrum beitreten, und lassen Sie diese Dinge nicht übertrieben; lassen wir sie beruhigen, man denn nicht die einfache Probe und ist den Reich (Sehr richtig! im Centrum) und steht zu, wie ich dann gestaltet? Ja habe das Bild des allmächtigen wählenden Reichstages genau vor Augen. (Lachen.) Wird nicht durchweg dasselbe sein, wie jetzt; aber die Wünschen der Herren sicher nicht entsprechen. Das welche in diesen Dingen zu entscheiden haben, recht wären wir längst in alle Winde zerstreut. (Heiterkeit.) Diese ganze Bewegung hat einen sehr ersten Charakter und kann denselben nicht genug hervorzuheben, mich mit tiefer Trauer. Durch die Bemühungen, welche diese Bewegung nach meiner Ueberzeugung gereizt und verhärt haben, sehen wir das Schicksal, das man den Versuch macht, das Volk aufzubringen geordnete Vertretung. Der Reichstag ist ein Faktor der Autorität im Reiche. Wenn Sie ihm so wird in den gefährlichsten Momenten, die uns bevorstehen, Autorität ganz bestimmt verfallen. So wenig wie die tation gegen die Regierung in ähnlichem Fall möglich, so muß ich sagen, es ist ein Verbrechen, in die den Reichstag vorzugehen. (Beifall links und im Centrum.) Das Gewissen, das doch ein klein wenig anschuldigen, daß man sagt: es geht nur gegen die, das ist wieder eine Verleumdung der Autorität; das Reichstages ist, wenn sie gesprochen hat, in der der Reichstag, und da ist es ganz überflüssig, man der Minorität zu sprechen. Ich bin erstaunt, daß Männer, die sich konservativ nennen und behaupten heute sich hier nicht enthalten haben, hier öffentlich Deutschland die Beschlüsse, die der deutsche Reichstag hat, also zu charakterisieren, wie es der Freiherr v. Gulg gethan hat. Ich wiederhole, den Reichstag in dieser Weise anzupreisen, ist ein revolutionäres Beginnen (rechts.) Das ist die Seite der Sache, die ich heute will; die sachliche Frage selbst werde ich behandeln. Ich werde dem früheren Beschluss erneuern (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Malgahn (Glg.): Dem Abgeordneten hofft erwidern ich, daß ich es nicht begreife, wie er revolutionär erklären kann, die Beschlüsse der Reichstages Hauses zu kritisieren. Der Abg. Richter ist vernehmlich, daß ich so große Empfindlichkeit gezeigt habe. Ich Augen nach dieser Seite des Hauses gerichtet und meine Stimme gerichtet, so daß wir Alle den Eindruck mußten, der Angriff sei gegen uns gerichtet. Ich mußte übrigens den Vorwurf der Empfindlichkeit mit mir zurückgeben. Wenn seine Empfindlichkeit darin besteht, hätte, daß er das Gefühl hatte, bei seiner damaligen Stellung auf dem Holzwege gewesen zu sein, so würde ich mich freuen. Hat der Abg. Richter mit dem Wort „Sache“ ja erwidert, aber ich kann deswegen nicht um Entschuldigung bitten.

Abg. v. Benda: Ich werde mich mit kurzen Erklärungen beschränken. Ich dem Abg. Richter gegenüber konstatieren, daß die Entrüstung nicht der Direktion der konservativen Partei und ihrer Führer verdankt, sondern auf die Initiative der Presse zurückzuführen ist, welche eine Forderung zu suchen und zu haben mit dem Lande. Ich bin ich der Ueberzeugung und glaube mich zu freuen, daß alle die bösen und verletzenden Worte hier gesprochen sind, an der Bedeutung und der großen Bewegung nichts ändern werden, die sich am 15. Dezember in Paris (Ob! links), einer

welche ein St...
Widerspruch u...
Herrn, daß die...
aber diese Bes...
doch nicht ver...
„Hochverrat“!
diese Bezeichn...
gebung aufstos...
lustion heute r...
Land hinausge...
kommen, wo...
die Wähler (sch...
Widerspruch.)
Abg. S i c...
worden, die B...
und man sei v...
der Adresse.
Volkstagsversam...
sein kann. Die...
gingen immer...
dazu gebiet...
Geschäftspun...
schaften sind...
habe die Pr...
mit einer Bo...
eine Volkstags...
mungsadresse...
Folge war, d...
Adresse unter...
zugetragen“, ab...
sammlungen im...
Auf der ander...
endlich einmal...
Sonn sagen e...
anspruch recht...
15. Dezember...
ihre nachstehen...
Beise, die durc...
Durch diese ab...
oder unabsicht...
in der Presse...
aber, von der...
ich nicht weiß...
inwiefern sie...
von gebetenen...
Schreiben ist...
im Auslande...
hier und da...
ein Mißverständ...
den. Und was...
die Bewegung...
im Lande, von...
der Rede war...
anbelangt, so...
ist die Sache...
so einfach, daß...
ich in der That...
nicht begreife...
wie man erhe...
ben kann. Es...
ist ja nichts...
anderes, als...
die der Major...
itäten in den...
betreffenden...
Wahlbezirken...
konservativen...
und der Nation...
al-liberalen...
(Sehr richtig...
und der Minor...
itäten in den...
anderen Wahl...
bezirken rich...
tig!) Ist das...
denn so etw...
was Verwunder...
liches? Graf...
Behr hat zur...
Begründung...
seiner Auffas...
sung gesagt...
daß er in sei...
nem Wahlkre...
is das vorg...
geschrieben...
war dort zur...
Manifestatio...
n gekommen...
ist. Ja, daran...
darin. Seine...
Wähler haben...
eben ihm und...
seiner Zustim...
mung gegeben...
Das ist in de...
n betreffen...
den Kreisen...
überall so g...
eschehen. Da...
her dieser L...
ärm. Ich hab...
e aber die R...
uhe der ander...
en Kreise über...
ört. In der...
der Centrum...
fraction herr...
scht volle Z...
ustimmung...
Die der Abg...
Richter hat...
Ihnen mitget...
heilt, in die...
ser Weise ma...
n verfuhr ha...
t, in Vingen...
eine Gegenb...
ewegung zu...
machen. Der...
Versuch bes...
chränkte sich...
darauf, Leu...
te, die nie im...
Leben mich...
gewählt hab...
en und wäh...
len werden...
gegen mich...
demonstrier...
en. In der...
Stadt ist so...
fort eine se...
hr kräftige...
Antwort er...
folgt haben...
im Uebrigen...
meine Wäh...
ler in rasche...
r Bemerkung...
Zeit mir die...
ser Tage ein...
e Adresse g...
eschickt, ve...
sehen als 5...
000 Unters...
chriften, wo...
rin sie voll...
ständig mei...
ne und der...
des Centrum...
beitreten, u...
nd lassen S...
ie diese Din...
ge nicht über...
trieben; las...
sen wir sie...
beruhigen...
man denn...
nicht die ein...
fache Probe...
und ist den...
Reich (Sehr...
richtig! im...
Centrum) u...
nd steht zu...
wie ich dann...
gestaltet?...
Ja habe das...
Bild des all...
mächtigen w...
ählenden R...
eichstages...
genau vor...
Augen. (L...
achen.) W...
ird nicht d...
urchweg da...
sselbe sein...
wie jetzt;...
aber die W...
ünschene der...
Herren sich...
er nicht ent...
sprechen. D...
as welche...
in diesen...
Dingen zu...
entscheid...
en haben...
recht wä...
ren wir l...
ngst in alle...
Winde zer...
streut. (H...
eiterkeit.)...
Diese ganz...
e Bewegung...
hat einen...
sehr ersten...
Charakter...
und kann...
denselben...
nicht genug...
hervorzuhe...
ben, mich...
mit tiefer...
Trauer. D...
urch die B...
emühungen...
welche die...
se Bewegung...
nach meiner...
Ueberzeug...
ung gereiz...
t und ver...
härt haben...
sehen wir...
das Schick...
sal, das ma...
n den Vers...
uch macht...
das Volk...
aufzubrin...
gen geord...
nete Vert...
retung. D...
er Reichst...
ag ist ein...
Faktor der...
Autorität...
im Reiche...
Wenn Sie...
ihm so wird...
in den gef...
ährlichsten...
Momenten...
die uns be...
vorstehen...
Autorität...
ganz best...
immt ver...
fallen. So...
wenig wie...
die tation...
gegen die...
Regierun...
g in ähn...
lichem Fa...
ll möglich...
so muß ich...
sagen, es...
ist ein Ver...
brechen, in...
die den R...
eichstag...
vorzugeh...
en. (Beif...
fall links...
und im C...
entrum.)...
Das Gewis...
sen, das...
doch ein...
klein wen...
ig anschul...
digen, daß...
man sagt...
: es geht...
nur gegen...
die, das...
ist wieder...
eine Ver...
leumdung...
der Autor...
ität; das...
Reichstages...
ist, wenn...
sie gespro...
chen hat...
in der...
der Reich...
stag, und...
da ist es...
ganz über...
flüssig, ma...
n der Min...
orität zu...
sprechen...
Ich bin...
erstaunt...
daß Män...
ner, die...
sich kon...
servativ...
nennen...
und beh...
aupten...
heute sich...
hier nicht...
enthalten...
haben, hier...
öffentlich...
Deutschland...
die Beschl...
üsse, die...
der deut...
sche Reich...
stag hat...
also zu...
charakter...
isieren, wie...
es der Fr...
eherr v. G...
ulg gethan...
hat. Ich...
wiederhol...
e, den R...
eichstag...
in dieser...
Weise anz...
upreisen...
ist ein...
revolution...
äres Begin...
nen (rech...
ts.) Das...
ist die...
Seite der...
Sache, die...
ich heute...
will; die...
sachliche...
Frage sel...
bst werde...
ich behan...
deln. Ich...
werde dem...
früheren...
Beschluss...
erneuern...
(Beifall...
im Cent...
rum.)

welche ein Stück unserer deutschen Geschichte ist. Lebhafter Widerspruch und Heftigkeit links, Bravo! rechts.) Meine Herren, daß die Presse und die Wählerschaft ihrer Stimmung über diese Beschlüsse Ausdruck geben, das können Sie ihnen doch nicht verwehren, und das nennt der Abg. Windthorst „Dochverrat!“ Ich bin wirklich begierig, wie man im Lande diese Bezeichnung einer doch unzweifelhaft berechtigten Kundgebung auffassen wird. Im Uebrigen ist ja diese ganze Diskussion heute nicht zwischen den Parteien, sondern nach dem Bande hinausgeführt, und der Tag wird über kurz oder lang kommen, wo auf diese Diskussion und ihre Ursprung die Wählerschaft die Antwort geben wird. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Stolle: Es ist hier die Behauptung ausgesprochen worden, die Bewegung sei herausgewachsen aus der Nation, und man sei von den Wählern selbst gedrängt zur Einreichung der Adresse. Ich habe nur die Erfahrung gemacht, daß von Volkerversammlungen bei dieser Bewegung gar nicht die Rede sein kann. Die Versammlungen, die veranstaltet worden sind, gingen immer nur von einer Seite aus, und sie haben nur dazu gedient, daß in die Massen hineingetragen. Von diesem Gesichtspunkte aus bedauere ich diese Vorgänge. Alle Leidenschaften sind durch dieselben aufgewiegelt worden. Ich habe die Probe gemacht, ob wir es bei jenem Adressensturm mit einer Volkbewegung zu thun hätten, und in Mecklenburg eine Volkerversammlung veranstaltet, in welcher eine Zusammensetzung an den Fürsten Bismarck ausgelegt wurde. Die Folge war, daß von 2000 Anwesenden zwei Personen jene Adresse unterzeichneten. Das Gleiche hat sich in Pommern, überall stimmte der größere Theil der in den Versammlungen Anwesenden der von mir vertretenen Richtung zu. Auf der anderen Seite freue ich mich, daß von Ihnen (rechts) endlich einmal auf die Volksstimmung Gewicht gelegt wird. Sonst sagen Sie immer, das Volk habe nichts zu sagen (Widerspruch rechts). Nun so machen Sie jetzt einmal die ehrliche Probe. Treten Sie hinaus ins Volk, und Sie werden sehen, daß der bei Weitem größere Theil der Bevölkerung sich zu unseren Gunsten erklärt. Sie haben mit Ihrem Adressensturm ein blutiges Fiasco erlitten. Die Mehrheit des Volks steht auf jener Seite, welche die Position am 15. Dezember abgelehnt hat. Man sagt: auch Arbeiter haben die Adresse unterschrieben. Ja, wie sind die Stimmen der Arbeiter gesammelt worden? In meinem Wahlkreise lag in einer großen Werkstatt eine derartige Adresse beim Portier aus, und die Arbeiter wurden unter Aufsicht der Werkbeamten angehalten, dieselbe zu unterschreiben. Das Gleiche ist in Dresden und an andern Orten geschehen. Ich kann getrost behaupten, alle Unterschriften der Arbeiter sind erzwungen worden. Während der Vorbereitungen für die Nachwahl in Greif war ich dort anwesend, und ich habe unsere Stellung zu der Position, die am 15. Dezember abgelehnt wurde, unumwunden largelegt; ich habe auch gesagt, daß unsere Partei bei ihrem Votum beharren, und daß unter Kandidat in gleichem Sinne stimmen werde. Trotzdem ist derselbe mit großer Majorität gewählt, ein deutlicher Beweis dafür, daß wir es mit einer künstlichen Bewegung zu thun haben. Was ist nun mit derselben erreicht worden? Dem Kanzler haben sie nicht gedient. Er weiß es, daß er trotz aller äußeren Scheines sich keiner größeren Sympathien zu erfreuen hat. Sie haben die Männer geschmäht, welche gegen die Position gestimmt haben. Aber es wird sich erweisen, daß damit dem Reiche nur wenig Vortheil gebracht wird.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt u. A. **Abg. Richter:** Da ich wegen Schlußes der Diskussion sachlich nicht mehr antworten kann, will ich nur konstatieren, daß es vollständig irrtümlich ist, daß ich mich wegen meiner Abstimmung habe entschuldigen wollen. Ich habe weder den Verhandlungen der Kommission noch denen des Plenums in dieser Frage beigewohnt. Ich habe mich heute zur Sache selbst gar nicht geäußert, sondern nur dagegen protestirt, daß man eine an sich unbedeutende Sache in einer geradezu unerhörten Weise aufgeschaukelt und dem Volke über die Tragweite der Sache unverantwortliche Dinge gesagt hat. Materiell habe ich über den Beschluß kein Wort gesagt; ich habe nur die Entrüstungskommode herbeigeholt. Wie ich selbst sachlich zu dem Beschluß stehe, habe ich nicht erwähnt und möchte dies mit Rücksicht auf die Zukunft schon heute betonen.

Der Titel wird gegen die Stimmen des Centrums und einiger Freisinnigen genehmigt.

In Kapitel 2 Tit. 11 des Reichshaushalts werden zur Entschädigung der Privat-Eisenbahnen im Deutschen Reiche für die Bewilligung der freien Fahrt u. s. w. an die Reichstagsabgeordneten 48000 M. gefordert. Namens der Budgetkommission beantragt **Abg. v. Franckenstein** unversändliche Bewilligung des Titels.

Derselbe wird ohne Debatte genehmigt.

Im Etat der Reichsjustizverwaltung sind für das Reichsjuzizamt 11 Reklamationen dadurch entstanden, daß die Stellen eines Sekretariatsassistenten und eines Kanzleisekretärs neu geschaffen sind. Die Budgetkommission schlägt vor, die Titel 3, 4 und 6 des Kap. 65, in welchen diese Reklamationen enthalten sind, unverändert zu bewilligen.

Die Titel werden genehmigt.

In Titel 7 desselben Kapitels werden zur Remuneration von Hilfsleistungen sowie von Sachverständigen für gesetzgeberische Vorarbeiten 32,000 Mark verlangt.

Die Budgetkommission schlägt vor, den Titel um 3000 M. zu ermäßigen.

Das Haus tritt diesem Vorschlage ohne Debatte bei.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird ohne Debatte genehmigt.

Abg. **Kröber:** Den Ausführungen des Vertreters der verbündeten Regierungen gegenüber habe ich zu konstatieren, daß in Süddeutschland das Bedürfnis einer zweiten Stützpunktklasse eben so dringend sich geltend macht als in Norddeutschland. Ich habe erst unlängst nachgewiesen, daß eine billige zweite Stützpunktklasse eine Nothwendigkeit nicht allein für die Industrie, sondern auch für den Ackerbau und besonders für das Handwerk ist.

Der Etat wird genehmigt.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnamtes war zur Vorberathung in die Budgetkommission verworfen worden; die Kommission empfiehlt die Bewilligung des Etats und die Annahme folgender Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu erlauben, bis zur Aufstellung des nächsten Etats Erhebungen darüber anstellen zu lassen, ob und welche Beamtenstellen des Reichs-Eisenbahnamtes im Etat als künftig wegfällig zu bezeichnen wären.“

Abg. Rade: Die preussische Staatsbahnverwaltung führt seit Jahren einen Konkurrenzkampf gegen die preussische Ludwigsbahn; namentlich in der letzten Zeit sind eine Menge von Abmachungen zwischen beiden Verwaltungen bezüglich der Güterinfuhrung seitens der preussischen Verwaltung eingegangen worden, ohne daß letztere sich zu neuen Unterhandlungen und Vereinbarungen genügt gezeigt hätte. Unter diesem Verhältnisse leiden nicht nur die Aktionäre, sondern auch der preussische Staat ganz erheblich.

Geb. Rath Körte: Das Reichs-Eisenbahnamt ist nicht in der Lage, einzuschreiten, da die Interessen des allgemeinen Verkehrs durch diese Kündigungen nicht gestört werden.

Abg. Schrader: Dann würde es ja gar keine Instanz geben, welche hier eingreifen kann. Wenn das Reichs-Eisenbahnamt nur wollte, die Macht würde es schon haben; gerade unser Antrag, der der Resolution der Kommission in der Sache entspricht, soll dazu führen, daß dem Amte diese Macht wieder verliehen wird.

Abg. Graf Udo Stolberg nimmt die Behörde gegen die von verschiedenen Seiten erfolgten Angriffe in Schutz.

Abg. Kröber: Ich sehe mich auch hier veranlaßt zu konstatieren, daß der Bundeskommissar, resp. Vertreter des Reichs-Eisenbahnamtes auch in dieser angelegten Frage dieselbe aufweichende Antwort gab als wie mir, als ich zur Tarifreform sprach; er verwies mich nach München; wenn ich dort zur Generaldirektion komme, sagt man mir, uns sind Hände und Füße gebunden, wenden Sie sich nach Berlin. Wobin soll sich nun das handelstreibende Publikum wenden, wenn es in Eisenbahn-Angelegenheiten etwas will?

Abg. Schrader: Niemand wird bestreiten, daß die Aussicht des Reiches über die Eisenbahnen nicht mehr dieselbe ist wie früher, als noch die preussischen Bahnen als Privatbahnen dem Reichs-Eisenbahnamt unterstellt waren. Jetzt finden die Verhandlungen des Reichs-Eisenbahnamtes mit den Bahnen durch die Vermittelung der preussischen Regierung statt.

Nach einer nochmaligen Erwiderung des **Geb. Rath Körte** wird der Etat unverändert genehmigt und die Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 4 1/2 Uhr. Die nächste Sitzung wird auf besondern Wunsch des **Abg. Windthorst** mit Rücksicht auf die gleichzeitige Sitzung des Abgeordnetenhauses auf **Sonnabend 2 Uhr** festgesetzt. (Etat.)

Der Präsident theilt mit, daß er die erste Berathung der beiden Untagsbeschlüsse anfangs der nächsten Woche auf die Tagesordnung setzen werde.

Abgeordnetenhaus.
7. Sitzung vom 23. Januar 1885, 11 Uhr.
Am Ministerische v. **Buttamer, Lucius** und **Kommissionarien.**

Die Spezialberathung des Etats der Domainen-Verwaltung wird fortgesetzt, und der Rest des Ordinariums nach unehelicher Debatte unverändert bewilligt.

Es folgt der Etat der Forstverwaltung.
Als Einnahme für Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1884/85 sind in den Etat eingestellt 46 764 000 M., 792 000 M. mehr als im Vorjahre.

Abg. v. Minnigerode: Die in diesem Etat ausgebrachte Mehrerinnahme hat in der Generaldebatte mehreren Rednern Anlaß gegeben, die Verhältnisse in der Forstverwaltung als ganz erträgliche zu bezeichnen. Ich kann dem gegenüber die Steigerung als eine verhältnismäßig nur sehr bescheidene ansehen, zumal nach den Angaben des Finanzministers in den besten Jahren so außerordentlich viel für die Hebung unserer Forstwirtschaft durch den Bau von Forstbahnen, durch erhöhte Aufwendungen für Waldwege geschehen ist. Vorerst ist auch auf eine Erhöhung der Kuchholzpreise nicht zu rechnen; und Alles in Allem betrachtet, haben wir es gar nicht mit einem Ueberschuß, sondern günstigstenfalls mit einer Stagnation zu thun; nur ein hoher Schutzoll kann zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Abg. Potichius bittet den Minister, demnächst dem Hause im Etat auch die finanziellen Ergebnisse der Kultur von Eichen- und Buchenwäldern mitzutheilen; **Abg. Anebel** unterstützt diese Bitte mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit dieses Kulturzweiges. Bis heute noch müßten wir jährlich an 8 Millionen Mark für Holz an das Ausland zahlen; der Uebergang zur verstärkten Kultur der Eichen- und Buchenwälder in den Staatsforsten würde gewiß günstige finanzielle Resultate ergeben.

haben in erster Linie das Wohl des eigenen Landes im Auge; sie haben aber auch alles Nöthige auf dem Gebiete der Forstwirtschaft längst gethan und wir haben also Repressalien nicht zu fürchten. Der Ertrag pro Hektar steht heute immer noch 12 M. unter dem bis jetzt erreichten Maximum von 1874, der Preis pro Festmeter Holz ist entsprechend niedrig (heute 6,27 M.); die Preise, mit denen die Forstverwaltung zu rechnen hat, sind demnach keineswegs durchaus befriedigend.

Abg. v. Minnigerode wahrt sich dem **Abg. Richter** gegenüber das Recht, auch über die Holzölle hier im Abgeordnetenhause zu sprechen, sowohl in fiskalischem wie in politischem Interesse. Die Angst vor dem Auslande zu proklamieren, sei kein nationales Beginnen. Bezüglich der Kultur der Eichen- und Buchenwälder warne er vor einer Ausdehnung des Betriebes über diejenigen Distrikte hinaus, wo er eingebürgert und von günstigem Erfolge begleitet sei.

Abg. Büchtemann: Der **Abg. Richter** ist nicht in der Lage, dem **Vorredner** zu antworten, weil er durch das unerschöpfliche und von uns auf das Aeußerste belagte Zusammenlagern zweier Parlamente in den Reichstag abgerufen worden ist. Der Verbesserung der Kommunikation legt der **Abg. v. Minnigerode** bezüglich der Steigerung des Absatzes doch eine allzuhohe Bedeutung bei; die Einnahmen aus den Selwäldern werden in dem vorliegenden Etat sehr gering angeschlagen, da ja natürlich mit der Vollendung der Linien nicht auch zugleich der Verkehr hervorgezögert werden kann. Die Einnahmen sind also offenbar in einem Aufschwunge begriffen, welcher auf andere Ursachen zurückgeht. Den Vergleich der Preise mit denen von 1874 halte ich für ganz unzulässig. Wenn die Preise für Brennholz weiter zurückgegangen sind, müssen doch diejenigen für Kuchholz umso mehr gestiegen sein; die Nothwendigkeit höherer Hölle tritt also mehr als je in den Vordergrund. Uebrigens stellt es sich immer dringender als wünschenswerth heraus, daß wir die einfachen Zahlen des Ertrages aus dem Kuch- und dem Brennholz endlich getrennt erhalten; wir werden dann in den gesammten Verhältnissen des Forstetats viel klarer sehen. Das Ausland wird sich auch nach meiner Ansicht zu Repressalien genöthigt sehen, wenn kein Export in diesen Produkten durch unsere Hölleerhöhungen betroffen wird; für Oesterreich ist es bereits angehängt. Die Nationalpolitik kann doch in unserem Zeitalter der Eisenbahnen und Dampfschiffe nicht zur Begründung einer Abschließung vorgeschoben werden, deren nicht einmal China mehr fähig ist. Von Angst vor dem Auslande oder vor dessen wirtschaftlicher Macht kann doch keine Rede sein. (Widerspruch rechts.) Deutschland im Herzen Europas ist auf den Austausch seiner Produkte mit den Nachbarländern angewiesen. Je mehr Europa sich gegenseitig abschließt, desto konsequenzfähiger wird es gegen Amerika. (Auf rechts: Das hat ja Schutzölle!) Sehr richtig; aber es ist eine junge Nation; es ist niemals von uns gelungen worden, daß in solcher Lage ein Schutzoll zweckdienlich sein kann. (Aha! rechts.) Wenn es einmal seine wirtschaftliche Kraft voll entfaltet, wird ein Europa, dessen einzelne Staaten sich gegen einander abgeschlossen haben, dagegen konkurrenzunfähig sein.

Minister Lucius: Der **Abg. Büchtemann** konstruirt Gegenfaktoren, die nicht vorhanden sind. Die Zahlen aus dem Ertrage von Brenn- und Kuchholz liegen noch nicht vor; die bezüglichen Ermittlungen werden aber bald zum Abschluß gelangen. Die Vorbin von mir mitgetheilten Einheitspreise verstehen sich als Nettoerträge gegenüber den Gesamtsummenkosten.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 2 „Für Nebenleistungen 4 198 000 M.“ bringt **Abg. Hermes** zur Sprache, daß die Forstverwaltung die Nebenleistungen eines Reidebruchs auf Käsen an eine Stelle des Bezugs zwischen Sahnitz und Stubb-inlamer verlegt habe, wodurch dem Genuss der landschaftlichen Schönheiten der Insel sehr erheblich Eintrag gethan werde. Vielleicht sei es ohne Schädigung der fiskalischen Interessen möglich, die Anlagen wieder zu befestigen.

Minister Lucius: Große fiskalische Interessen stehen allerdings hier nicht auf dem Spiele; ich werde versuchen, die Kommunikationsverhältnisse bei dem ferneren Betriebe im Interesse der Touristen möglichst zu berücksichtigen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die übrigen Einnahmepositionen.

Dem Ordinarium der Ausgaben wird Kap. 2 „Kosten der Verwaltung und des Betriebes“ nach kurzer Debatte, an welcher sich die **Abg. Schreiber (Marburg), Schmidt (Stettin)** und **Leer** betheiligen, unverändert bewilligt.

Zu Kap. 3 „Für forstwissenschaftlichen und Lehrzwecken“ bemerkt **Abg. Schmidt (Stettin)**, daß die vollständige Ausleuchtung in der Stellung der beiden Forstakademien zu Eberswalde und Münden noch immer nicht völlig durchgeführt sei. Der Direktor in Münden beziehe 6900 M., der in Eberswalde 7500 M., auch mit Lehnmitteln sei Münden geringer ausgestattet.

Nach einer kurzen Erwiderung des Kommissars, **Oberforstmeisters Donner** wird das Kapitel bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Die Rente des Kronreifeekommissionsfonds und der Zuschuß zu derselben, der Etat der Zentralverwaltung der Domainen und Forsten und die Einnahmeposition „Erbs- und Abfindungen von Domainengefällen u. s. w.“ werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Einnahme wird ohne Debatte genehmigt.

Dem Ordinarium Kap. 99, Titel 1 „Gehalt des Ministers 36 000 Mark“ fragt **Abg. Duadi**, ob die politische Anmeldung der Generalversammlungen landwirtschaftlicher Vereine jetzt allgemein obligatorisch sei. Seit dem Dezember vorigen Jahres würden die Versammlungen eines ihm bekannten Vereins politisch überwacht.

Minister Lucius: Im Allgemeinen werden derartige Versammlungen politisch nicht gemeldet. Weshalb ein Vorsteher in dem angeführten Falle die Anmeldung bewilligt hat, kann ich selbstverständlich nicht wissen; ein Widerspruch mit dem Vereinsgesetz liegt natürlich in einer solchen Anmeldung nicht.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zu Kap. 105 ist eine Summe von 227 118 Mark zur Förderung der Fischerei ausgeworfen.

Abg. Potichius richtet hierbei an den Minister die Anfrage, welche Erfolge die Schritte der Regierung gegenüber der Raubfischerei der Holländer, welche sich bereits zu einem völligen Raubsystem ausgebildet habe, aufzuweisen hätten.

Minister Lucius: Da wir auf eine gütliche Einigung mit Holland angewiesen sind und uns mitten in den Verhandlungen befinden, so kann ich einweisen nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir vielleicht einen befriedigenden Erfolg erzielen werden.

Das Kapitel wird genehmigt, desgleichen ohne erhebliche Diskussion der Rest des Ordinariums.

Gerichts-Zeitung.

Eine die Verhältnisse der in Berlin bestehenden Genossenschaften der Schornsteinfegermeister illustrierende Verhandlung fand heute gegen den Schornsteinfegermeister **Robert Zwadski** vor der dritten Strafkammer des Reichsgerichts statt. Die gegen denselben erhobene Anklage lautete auf schwere Urkundenfälschung in vier Fällen. Der Angeklagte gehörte bis zu seinem im Jahre 1883 erfolgten Ausscheiden

Der Spandauer und Friedrich-Wilhelmsstädter Meisterschaft der Schornsteinfeger an. Den Mitgliedern dieser Genossenschaft wurden die Rechte zugewiesen und, da die Hausbesitzer nicht gezwungen werden können, mit den ihnen zugewiesenen Meistern zu kontrahieren, ist denselben zur Pflicht gemacht, von denjenigen Verträgen, die sie außerhalb ihres Reviers abgeschlossen haben, der Genossenschaft Kenntnis zu geben und einen Theil des Rehrlohns abzuführen, welcher alsdann den Meistern des betreffenden Rehrbezirks zugewiesen wurde. Zur Kontrolle liegen sich die Vorstandsmitglieder zu öfteren Malen von den Hauseigenen, die nicht mit der Genossenschaft kontrahirt haben, die abgeschlossenen Rehrverträge vorlegen. Der Angeklagte, welcher mit der Thätigkeit der Genossenschaft sehr unzufrieden war, indem er sich durch dieselbe in seinem Erwerb benachtheiligt glaubte, machte schon im Jahre 1881 Anstalten, aus der Genossenschaft auszutreten, die daran geknüpften Bedingungen ließen sich aber nicht so schnell erfüllen. Unter Anderem waren dem Angeklagten die außerhalb seines ihm zugewiesenen Rehrbezirks liegenden Häuser Chausseestraße 22, Schulstraße 3, 4 und 5 zugewiesen. Durch seinen Gesellen Henning überlieferte er den Eigentümern dieser Häuser außer den richtig abgeschlossenen Rehrverträgen Formulare zu solchen, welche mit der gefälschten Unterschrift des Schornsteinfegermeisters Kölling, Louisenstraße 2, versehen waren, zu, um die letzteren im Falle einer Nachfrage als ihre Rehrverträge vorzulegen. Bei seiner Ausscheidung aus der Genossenschaft übertrug der Angeklagte das Rehren in diesen vier Häusern dem Schornsteinfegermeister Kölling, also demjenigen, dessen Namen unter den gedachten vier Formularen mißbraucht worden war. Im vorigen Jahre traten zwischen dem Angeklagten und seinem Gesellen Differenzen ein, und nun hatte letzterer nichts Eiligeres zu thun, als zu den vier Hauseigenen zu gehen und im Auftrage des Angeklagten um die Rückgabe dieser mit „Kölling“ unterzeichneten Formulare zu bitten. Als dann reichte er dieselben bei dem Vorstand der Genossenschaft ein, welcher die Anzeige bei der königlichen Staatsanwaltschaft erstattete. Der Angeklagte selbst räumte die mitgetheilten Thatsachen als richtig ein, behauptete aber, daß er sich eines Unrechts nicht bewußt gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig unter Annahme mildernder Umstände und eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängniß. Rechtsanwalt Dr. Jacoby, als Verteidiger, bestritt zunächst die Unkundenqualität dieser Formulare, da die Unterschrift der Mitkontrahenten fehlte. Andererseits sei auch von diesen Schriftstücken kein Gebrauch zum Zwecke einer Täuschung gemacht worden, denn die Hauseigenen hätten Formulare doch nicht gefälscht werden, und von ihnen sind diese Formulare Niemandem vorgelegt worden. Er beantragte daher aus diesen juristischen Gründen die Freisprechung seines Mandanten. Der Gerichtshof trug dieser Auffassung insoweit Rechnung, als er nur versuchte Unkundenfälschung annahm und für diese den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von vier Wochen Gefängniß verurtheilte.

Bamberg, 20. Januar. (Ein Bierplätzchen.) Der Schützenhauswirth Broda in Bamberg, welcher seinen Gästen Bierreste aus den Gläsern anderer Gäste und Tropfbier verabreicht hatte, wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungs-mittelgesetz am Sonnabend zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark Geldstrafe eventuell eine viermonatliche Gefängnißstrafe und Aberkennung der Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren beantragt.

Theater.
Sonnabend, den 21. Januar 1885.
Königliches Oberhaus:
Heute: Marie, oder: Die Tochter des Regiments.
Königliches Schauspielhaus:
Heute: Die Räuber.
Deutsches Theater:
Heute: Der Weg zum Herzen.
Bellevalliance-Theater:
Heute: Der Raub der Sabinerinnen, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönhan.
Romes Friedrich-Wilhelmsstädter Theater:
Heute: Gasparone.
Central-Theater:
Heute: Der Walzerkönig.
Reichenz-Theater:
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Ehestands-Invaliden.
Wahalla-Operetten-Theater:
Heute: Der Feldprediger.
Königsstädter Theater:
Heute: Papa Rieledusch.
Ostend-Theater:
Heute: Der Goldbauer.
Wollner-Theater:
Heute: Klein Geld.
Victoria-Theater:
Heute: Sulfurina.
Alhambra-Theater.
Heute: Mutterlegen.

Arbeitsmarkt.
190 Ein Drechsler w. Besch. itg. w. Art. Hoffmann, Admiralstr. 9.
Eine tüchtige Waschfrau wünscht noch Stellen.
128 Solmsstraße 49, 4 Tr.

Bekanntmachung.
Die zu Sonnabend, den 24. d. M., von Herrn Liffmann in der „Urania“, Wrangelstr. 9-10, arrangirte Theater-Vorstellung kann, da der Saal triebhähnlich schon früher vergeben war, nicht stattfinden. Diefelbe findet deshalb am Montag, den 26. d. M., statt. Die zu Sonnabend gelösten Billets behalten ihre Gültigkeit.
119 Waltherr, Restaurateur, Wrangelstr. 9/10.

Restaurant.
Reichhaltiger Frühstück. Bouillon zu jeder Zeit.
Gutes Bairisch Bier à Glas 10 Pfg.
Punsch, Grog, Glühwein und Liqueure.
Sämmtliche gewerkschaftliche sowie andere Tageszeitungen liegen aus.
141 Max Kreuz, Cottbuserplatz (Nähe Linde).
Allen Freunden und Genossen empfehle meine
Cigarren und Rauch-Tabake.
Lotterie-Loose und Antheile.
131 H. Meyer, O. Fruchtstr. 36a.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Vor längerer Zeit war die Lohnkommission der Schneidergesellen Berlins auf Grund eines in öffentlicher Versammlung gefassten Beschlusses mit den Vorständen dieser Schneidervereinigungen zusammengetreten, um gemeinschaftlich der Frage, wie den sozialen Schäden im Schneidergewerbe abzuwehren sei, näher zu treten. Ein aus Vertretern der hiesigen Schneiderinnung, des Vereins selbstständiger Schneidermeister, des Vereins „Deutsche Mode“, des Zentralvereins deutscher Schneider, der Dreiviertelvereine und des Fachvereins der Schneider, sowie der Lohnkommission zusammengefasstes Komitee wurde sodann beauftragt, öffentliche Versammlungen der Schneidermeister und Gesellen Berlins einzuberufen, deren erste Donnerstag Abend in den Grätzel'schen Bierhallen stattfand und gegen 1000 Personen besucht war. Herr Pfeiffer befuhrwortete warm ein Zusammenwirken des besseren Theiles der Meisterschaft mit den Gesellen, behufs Hebung der Gewerbsverhältnisse und Arbeitslöhne, indem er auf gemeinsame Berührungspunkte zwischen Meister- und Gesellenschaft hinwies. Redner kritisierte ferner die jetzigen Mißstände des Schneidergewerbes und die zu ihrer Hebung gemachten Vorschläge der verschiedenen wirtschaftlichen Parteien, um schließlich die Erstrebung des gesetzlichen Normalarbeitstages und der übrigen Arbeiterklausel zu empfehlen. Daraus verlas er den Helmann'schen (Minimal-) Lohnantrag, dem sehr ausführliche Motive und ein Tarif-Entwurf beigelegt sind, und die inzwischen eingelaufene Staeger'sche Resolution, welche folgenden Wortlaut hat: „Die heute in Grätzel'schen Bierhallen tagende Versammlung der Schneidermeister und Gesellen von Berlin beschließt, nachfolgenden Lohnantrag aufzustellen, nach welchem der Lohn für Gesellen, welche vorläufige Arbeit machen, gezahlt werden soll, und stellt es sich zur Aufgabe, mit allen erlaubten Mitteln für die Verwirklichung desselben zu wirken. Tarif: Gesellen-Arbeitslohn für einen Rock von Tuch oder Wollstoff 7,50 M., Frack 8 M., Paletot 8 M., Mantel mit Reiterkappe 10 M., Jaquet 6 M., Hose 2,50 M., Weste 2,25 M., Jagdhopse 5 M., Jaquet von Cachemir 4 M., Rock do. 6,50 M. Alle anderen Artikel bleiben freier Vereinbarung überlassen.“ Die Versammlung erklärt ferner: „da die heutige Produktionsweise namentlich in den kaufmännischen Geschäften daraus beruht, durch schwindelhafte Reklame das Publikum irre zu führen, und der Arbeitslohn ein solcher ist, daß der Arbeiter weder dem Staate, noch der Gesellschaft in Betreff Steuern, Mithen, Verbrauchsgegenstände u. gerächt werden kann, so beschließt die heutige Versammlung, dem kombinirten Komitee aufzugeben, in nächster Zeit in einem größeren Lokale eine Versammlung einzuberufen, welche weitere Schritte zur Abhilfe vorschlagen soll und erwartet, daß jeder das nöthige Material dazu liefert.“

Öffentliche Versammlung der Metallschrauben- und Facondreher am 21. d. Mts., in Wohlhaupt's Salon, Rantzelstraße 9. Auf der Tagesordnung stand: Organisation der Arbeiter. Das Referat hatte Herr Gärtlermeister Max Kreuz übernommen. Derselbe legte in einständiger Rede den zahlreich Erschienenen dar, daß vor allen Dingen die Arbeiter der einzelnen Branchen sich vereinigen müssen und zwar zu dem Zweck, Aufklärung zu schaffen und den Indifferentismus zu beseitigen, außerdem die Solidarität der Arbeiter zu fördern. Vor allen Dingen sei ein Maximalarbeitstag nöthig, denn ohne ihn werden Frau und Kinder im Ruhen der Industrie maßlos verwendet und der Familie entzogen; die Frau

Fachverein der Nähmaschinen-Arbeiter und Berufsgenossen.
Sonnabend, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstraße 75, **Abendunterhaltung für Herren u. Damen.** Verbunden mit einem wissenschaftlichen Vortrag des Herrn Bischof über das Meer, unter Vorführung von Rebellbildern. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Damen zu erscheinen. 144
Der Vorstand: F. Günther, Adalbertstr. 66.
J. H.: F. Sippel, Frankfurter Allee 81, S. 4 Tr.

Central-Franken- u. Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen (Vertikale Verwaltungsstelle Berlin) 117 (S. d. Nr. 64)
Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Alte Jakobstraße 87, Louisenstädtisches Konzerthaus, **Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Kassenbericht des IV. Quartals 1884. 2. Wahl des Wahlkomitees zur bevorstehenden Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Der Vorstand.

Große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Sonntag, den 25. Januar 1885, Vorm. 10 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112. Sämmtliche Schlosser, Klempner, Formner, Gärtler, Schmiede, Drücker, Maschinenbauer, Schnittarbeiter, Blechlactier, Stoher, Hobler, Bohrer, Hilfsarbeiter, Dreher, sowie alle im Metallfach beschäftigten Arbeiter sind hierzu eingeladen. 138 Der Einberufer.

Gewerkschaft d. Maschinenbau-, Metall-Arbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Montag, den 26. Januar 1885, Abends 8 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178, **Mitglieder-Versammlung**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Kanitz „Das Wesen der Naturheilmethode und ihr Werth für Person und Familie.“ 2. Geschäftliches und Kassenbericht. 3. Verschiedenes und Fragekasten. 139 Der Vorstand.

Große öffentliche General-Versammlung der Schlosser u. Berufsgen. Berlins.
Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 1/10 Uhr, in der Urania, Wrangelstraße 9 u. 10.
Tagesordnung: 1. Unser Programm. 2. Können wir unsere Forderungen schon in diesem Jahre praktisch durchführen? 3. Bestätigung der Kommission um 3 Mann. 4. Verschiedenes. Um recht rege Theilnahme ersucht. 131 Die Lohnkommission der Schlosser Berlins.

ist nicht im Stande, die Kinder zu erziehen und befindet sich nicht nach des Tages Rüb- und Qual Heim; auch irren laufende von Arbeitern brodelnd Traurig ist es zu nennen, daß vielfach die Arbeiter beschränkt sind, und jugendliche Arbeiter sich bei der Fabrik durch staatliche Beamten zu suchen. Redner weist auf die Paragrafen bis 142 der Gemetordnung hin, welche dem das Recht geben, gegen solche Ungehörigkeit einzuwirken. Daß eine Selbsthilfe der Arbeiter nicht möglich ist, verfehlten Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine bewiesene Beendigung des mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrages zur Diskussion das Wort Herr Hirsch, bemerkte, wenn eine Organisation unserer Branche nicht bestanden hätte, es unmöglich gewesen wäre, 13. d. M. ausgebrochenen Streik bei Herrn Hirsch durchzuführen. Nachdem noch verschiedene Redner im Sinne gesprochen, nahm die Versammlung nachfolgende Resolution einstimmig an: „Die am 21. Januar im Herrn Wohlhaupt tagende Versammlung erklärt sich für die Ausführung des Beschlusses einverstanden und beschließt dahin zu wirken, daß sämmtliche Metallschraubendreher und Berufsgenossen sich dem hier beschlossenen anschließen.“ Herr Teusch, Schriftführer des Fachvereins Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen, ersucht nach den streikenden Kollegen der Joseph'schen Fabrik, die Ufer 6, hilfsreich beizutreten. Eine sofort vorgenommene Versammlung ergab 7 Mark 6 Pf., während der Vortrag auf hinwies, daß in sämmtlichen Werkstätten Streikenden ausliegen.

Eine öffentliche Stellmacher-Versammlung Mittwoch Abend im königlichen Kasino statt, ein Theil der Meister auf erfolgte Einladung erschienen. Herr W. Viesländer hielt einen längeren Vortrag über die Entwicklung des Handwerks bis zur Neuzeit, wies darauf hin, daß, nachdem das Maschinenwesen die Arbeitstheilung bedingte, dem Handwerk seine Bedeutung genommen habe, es heute eine Synthese durch mittelalterliche Einrichtungen dem Handwerk wieder zu geben lehre. Die Vergangenheit lehre nie wieder, man müsse die vorhandenen Verhältnisse rechen und diese seien die der Kleinmeister, — der oft noch schlimmer daran sei, als der gewöhnliche Arbeiter, und dessen Kinder schwerlich selbstständig zu werden —, in seinem eigenen Hande, wenn er die Forderungen der Gesellen, welche nicht dazu angethan seien, bessere Verhältnisse zu unterstüge. Dem Vortrag folgte eine lebhaft diskutierte Besprechung der Tagesordnung. **Grünitzschau, 20. Januar.** Neuer in der Fabrik des Herrn H. Schönfeld haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Den Grund der neuen Streik bildet die Weigerung der Arbeiter, die hiesigen vereinigten Fabrikanten aufgestellten Bedingungen hauptsächlichste in der Wiedereinführung der Kündigung besteht, zu unterschreiben.

Briefkasten der Redaktion.
J. B. Allerdings ist die Stadt Knog in den Staaten vorhanden, doch fragt es sich, welchen der gleichen Namens, die sich in verschiedenen Staaten Sie meinen.

Große außerordentliche General-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen.
Sonnabend, den 21. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel'schen Bierhallen, **Tagesordnung:**
1. Der Streik unserer Kollegen in der B. Fabrik. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben freien Zutritt.
Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen. R. W. Bach.

Allgem. Stublarbeiter-Verein
Montag, d. 26. Jan., Abends 8 Uhr, Weberstraße 137, **General-Versammlung**
Tagesordnung: Unsere Lage. Am Sonntag, den 25. Januar, findet in demselben ein gefälliger Familienabend mit Tanzmusik statt. Beginn 6 Uhr, wozu freundlichst eingeladen wird.
Bernauerstr. 14, Ecke d. Strelitzstr., bei Henoch.
Die Beiträge der Mitglieder werden jeden Abend von 8 bis 10 Uhr dort entgegengenommen. F. Blume, Crelitzstr. 58, 1 Tr.

Kalbfleisch, Brust 35, Keule 40, 80 Pf.
Elegante **Masken-Garderobe**
Fr. Panknin
Oranienstraße 178 u. 2. 106 Ecke Adalbertstr.

Masken-Garderobe
Ein schwarzer Fudel hat sich angerunden. Walow. 145 Ein j. w. Fudel bill. Cottbuser Damm 98, S. 1 Tr.

Das Glend der Philosophie
Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“ von **Karl Marx.**
Mit einem Vorwort von Friedrich Engels. Preis Mark 3,50.
Zu beziehen durch die Expedition „Simmernstraße“